

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 25 (1931)
Heft: 7-8

Rubrik: Rundschau : Monatsschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Da werden wohl gefunden die würdig wunderfamen Tafeln in dem Grafe, die goldeshell erglänzen.“

„In alten Tagen hatte sie einstmals geeignet der Herrscher der Götter und die guten Afen.“

Unter ihnen leuchtete wohl auch der Runenstab, den Odin einst bei der Erdgöttin Wala deutete, und den er vor allen dort von ihm enträfelten Geheimnissen besonders hoch gehalten hatte: Er lautet:

„Ein Aches eignet mir, allen gewiß am Nötigsten zu benutzen: Wo irgend Hader bei Helden erwächst, da weiß ich ihn schnell zu schlichten.“ So deutete der weifeste der Götter die irdischen Geheimnisse, er, der aus Mimirs Weisheitsbrunnen getrunken hatte und noch im Untergehen murmelte mit Mimirs Haupt.

Diese Liebe bis zum Tode für die göttliche Wahrheit und Liebe, die den unendlichen Kosmos *seit Ewigkeiten und für Ewigkeiten* erhält und sich entwickeln läßt aus Feuerkugeln zu blühenden Gärten, — diese suchende Wahrheitsliebe, gebt sie nicht für alle Reiche und Reichtümer dieser Erde!

Das Eddalied Völuspa verklingt mit den herrlichen Worten:

„Der *Starke* von *oben*, der sitzt am Weltensteuer,“

sucht nicht nach neuen Priestern, nach neuen Königen und Diktatoren. Was das Märchen uns sang, — der Christusgeist verkündet es *allen* Völkern der Erde: „*Ihr* seid das königliche Priestertum, das heilige Volk, das Volk des Eigentums, daß ihr verkünden sollt die Tugenden deß, der euch berufen hat von der Finsternis zu seinem wunderbaren Licht.“

So find die deutsche Sage und das griechische Gigantenrelief Weltkunstwerke, die Verkündigungen dessen bilden, was Jesus von den Menschen forderte, was wir weder durch marmorne Plastik noch durch erschütternde Dichtung, sondern durch unser Leben zu leisten haben: Der Weltkrieg hat sie nicht verschüttet, sucht sie auf den „goldenen Tafeln!“ —

L. M.



Rundschau

Monatschau.

1. Der Hooverplan.

Nicht das gefürchtete Unheil ist aus dem gewitterdunklen Himmel gebrochen, von dem zu Beginn der letzten Monatschau die Rede war — ein Windstoß hat ihn plötzlich zerrissen, die Wolken weggefegt und das Blau wieder zum Vorschein gebracht. Ich darf wieder daran erinnern, daß ich am Schlusse meiner Darstellung der weltpolitischen Lage, die keinen Ausweg zu bieten schien, mit dem man rechnen dürfte, bemerkt habe:

„Ein Weg scheint sich, äußerlich betrachtet, aufzutun: ... Aus Amerika kommen immer mehr Stimmen, die eine Verbindung herstellen zwischen einer Streichung der Kriegsschulden und einer ernstlichen Durchführung der Abrüstung. Das wäre etwas? Ob es wird? Wenn „Hoover“ „Henderfon“ mit aller Wucht unterstützte, ... nun, das wäre etwas!“

Es ist geworden, durch den Hooverplan. Am Schlusse des gleichen Heftes, in dem diese Möglichkeit als letzte menschliche Hilfe für den Augenblick angedeutet wurde, konnte ich sie noch als Wirklichkeit begrüßen. Vielleicht haben einige Leser den Eindruck gehabt, es sei auf etwas überschwängliche Weise geschehen. Sie würden mich besser begreifen, wenn sie den Zusammenhang noch genauer kennen. Wochenlang bin ich, besonders auch infolge der Eindrücke, die ich auf einer Reise erhalten, unter der schweren Last der Furcht vor einer nahen Katastrophe gestanden und habe mit dem scheinbar Unvermeidlichen gerungen. Man soll nun nicht meinen, daß ich Katastrophen auf alle Fälle bloß fürchte. Es gibt heilsame und notwendige Katastrophen, auf die ich, *faute de mieux*, sogar hoffe. Aber die mitteleuropäische — und nicht nur mitteleuropäische! — Katastrophe, die zu erwarten war, hätte nichts Gutes hoffen lassen. Es sind keine Kräfte gerüstet und ist kein Programm bereit, die aus einem solchen Ereignis eine Wende zum Bessern machen könnten, nur Chaos und Verderben stünden — soweit wir Menschen sehen können — in sicherer Aussicht. Und nun wird man wohl verstehen, was mir in diesem Augenblick das „amerikanische Wunder“ war. Es war ein Wunder im weiteren und auch größeren Sinne dieses Wortes.

Allerdings habe ich in jenem ersten Augenblick nur die idealere Gestalt dieses amerikanischen Eingreifens vor mir gesehen: die unmittelbare Hilfe, dazu weitere, in Aussicht gestellte, den Beginn einer neuen Regelung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems im Sinne seiner baldigen Liquidierung, eine neue Wendung Amerikas zur europäischen Politik, und vor allem, als Krönung, jene Verbindung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems mit dem Abrüstungsproblem. Inzwischen sind die Verhandlungen mit Frankreich gekommen, die jenen ersten Eindruck natürlich etwas stören, ist namentlich auch die realistisch sein sollende pessimistische, geschichtsmaterialistisch „sublimierte“ Legende herrschend geworden, daß hinter Amerika rein egoistische und materielle Motive stünden: die Rettung seiner in Deutschland angelegten Gelder und die Hoffnung auf „Ankurbelung“ seiner Wirtschaft, diese einem gottverlassenen Geschlechte allein noch übrig gebliebene Mephistoweiheit, die auch solche allzurasch annehmen, die noch einen andern Glauben haben.

Um mit diesem zweiten zu beginnen, so bin ich natürlich nicht so hyperidealistisch oder in Amerika vernarrt, daß ich die wirtschaftlichen Beweggründe, die hinter dem Vorgehen Hoovers stehen, übersehe oder leugnete. Das habe ich nicht einmal in jener ersten Äußerung getan. Hoover selbst spricht sie ja auch aus. Aber das hindert mich nicht im geringsten, „darin und darüber hinaus“ (wie ich mich mit Bedacht ausgedrückt habe) „ein rettendes Eingreifen Gottes in höchster Not“ zu sehen. Warum sollten natürliche Zusammenhänge und wirtschaftliche Notwendigkeiten nicht auch ein Mittel in der Hand dessen werden können, der die menschlichen Geschehnisse lenkt? Das „Wunder“ braucht ja nicht die menschlichen und natürlichen Zusammenhänge aufzuheben; es ist vielmehr für den Glauben immer dort vorhanden, wo er diese Zusammenhänge überraschend im Dienste eines Sinnes verknüpft sieht und darin die Hand des lebendigen Gottes erkennt, des Gottes, der nach der Auffassung der Propheten auch widergöttliche Mächte in seinen Dienst zwingen kann.

Aber so sehr ich das betonen muß, fühle ich mich doch auch verpflichtet, gegen die Einseitigkeit jener Weisheit des Mephisto Einsprache zu erheben. Diese ist aus drei Gründen im Unrecht. Einmal: Es ist Hoover, dem Quäker, mit der Abrüstung bitterer Ernst, und zwar eben nicht bloß aus wirtschaftlichen Gründen. Er hat das oft und unzweideutig bewiesen. Sodann: Es gibt in Amerika, wie auch bei uns, trotz allem noch etwas wie ein Gewissen und sogar eine Gottesfurcht. Längst arbeiten Menschen von hohem sittlichem und religiösem Ernst an der Herbeiführung der Wendung, die wir nun vor uns zu haben glauben. Endlich: Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß ein Teil der Triebkraft zu Hoovers Eingreifen von Chequers ausgegangen ist; kein anständiger Mensch aber wird Macdonald und Henderson Motive des Glaubens und Gewissens abzuspochen wagen.

Wir haben also keinen Grund, uns das Große an dieser Wendung abtun zu lassen und dem Mephisto recht zu geben. Ueber zweierlei muß man sich selbstverständlich klar sein. Kein Verständiger wird glauben, daß die amerikanische Aktion, auch wenn sie den vollen Umfang gewönne, den wir erhoffen dürfen, die Hilfe für die Not Europas und der Welt wäre. Es ist bloß eine Hilfe und zwar eine für den Augenblick. Die Hilfe besteht nach wie vor in einer geistigen und sozialen Umwälzung und Erneuerung der Welt. Das „amerikanische Wunder“ rettet uns, soweit wir sehen können, für den Augenblick vor dem Sturz in den Abgrund und öffnet einen Weg für eine bestimmte Strecke, aber der Abgrund bleibt. An ihn wird die Welt wohl so lange gehalten werden müssen, bis sie gelernt hat, was zu lernen war.

Aber wenn das amerikanische Eingreifen auch nur diesen bestimmten und begrenzten Dienst tun soll, dann muß es jenen vollen Sinn entfalten, den wir darin begrüßt haben: es muß ein Mitmachen Amerikas im Sine einer endgiltigen Liquidation des Schuldenproblems in Verbindung mit der Abrüstung und in der Richtung auf eine neue Ordnung der europäischen Dinge sein.

An diesem Punkte aber biegt der Weg von der amerikanischen Linie ab. Das kann Amerika allein nicht machen. Und damit kommen wir zu Frankreich. Dieses wird nun als Verstörer des Hooverplanes hingestellt, und man mag wirklich mit guten Gründen behaupten, es hätte besser getan, mit einer großartigen „Geste“ in das zu willigen, was es im wesentlichen doch hinnehmen mußte, und damit vor der Welt als generös und friedensbereit zu erscheinen, als durch „Krämerei“ diesen Eindruck zu zerstören, ohne an der Sache viel zu ändern. Aber wer auch nur ein klein wenig Gerechtigkeit walten läßt, wird das französische Verhalten zum mindesten begreifen können. Frankreich soll ein ganz großes Opfer bringen, ohne daß man es vorher gefragt, ob es dazu bereit sei. Amerika aber zeigt sich mit den aus Frankreichs Haut geschnittenen Riemen als großer Wohltäter. Das Opfer Frankreichs aber ist größer, als die Kannengießer größerer und feinerer Sorte zu ahnen scheinen: Das Hooversche Vorgehen bedeutet nicht nur das commencement de la fin der Reparationen, sondern auch den Auftakt zur völligen Revision des Versailler Vertrages. Und dahinter erhebt sich für das französische Auge ein Deutschland, das auf diesem Wege sein altes Uebergewicht gewinnen und auf Revanche schwerlich verzichten würde. Soll Frankreich mit sehenden Augen sein kommendes Verderben fördern, nur um vor der Welt großartig dazustehen? Soll es selbst die Unsicherheit aller Verträge besiegeln, während doch auch die neue Rechts- und Friedensordnung sehr wesentlich auf der Verlässlichkeit von Verträgen ruhen muß? Das sind Bedenken, die man nicht einfach durch Entrüstungsgebärden erledigen kann.

Es ist also vor einer pharisäischen Beurteilung Frankreichs zu warnen. Aber noch aus einem bekannten Grunde ist es sogar ganz gut, daß das amerikanische Vorgehen auf einen französischen Widerstand gestoßen ist. Denn wie ich schon angedeutet habe, könnte Amerika allein, auch wenn es dafür alles täte, was in seiner Macht ist, die Neuordnung der europäischen Dinge nicht zustande bringen. Es gehört dazu Frankreich. Mit ihm muß und soll Deutschland rechnen, mit ihm reden. (Ich vermeide absichtlich den etwas komprimierten Ausdruck „Verständigung“) Die Gefahr der augenblicklichen Lage ist, daß es in Deutschland und anderwärts Kreise gibt, die nun meinen, es ließe sich mit Hilfe Englands und Amerikas (auch Italiens) Frankreich „einkreisen“, worauf dann der Tag der Umkehrung der durch den Ausgang des Weltkrieges geschaffenen Lage, und zwar einer Umkehr durch das Mittel des Schwertes anbräche. Daß dieser Spekulation gründlich das Spiel verdorben wird, ist notwendig.

Was also dazu kommen muß, wenn die an das Hooversche Vorgehen geknüpften Hoffnungen in Erfüllung gehen sollen, ist ein neues Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich und als dessen Vorbedingung ein deutlicher Umschwung in der deutschen Politik. Diese muß, ohne nationalistische Hintergedanken, europäisch werden. Sie muß die neue Ordnung des Völkerlebens wollen,

und zwar so klar und unzweideutig, daß alle es anerkennen müssen, die guten Willens sind. Auf *diesem* Wege wird alles erreicht, was auf dem andern, dem nationalistischen Macht- und Gewaltweg, *nicht* erreicht wird. Ich bin wieder bei meinem *ceterum censeo* angelangt: Das ist der Weg zur Aufhebung des Youngplans und zur Revision des Vertrages von Versailles — nach vorwärts und, soweit als nötig, auch nach rückwärts! —, das ist der Weg zu neuer deutscher Größe und zum wahren „dritten Reich“. Es gibt keinen andern.¹⁾

Auch die Aufhebung der deutschen *Pressefreiheit* durch eine Notverordnung (jedes Blatt muß ohne weiteres Berichtigungen durch die Regierung annehmen; von Verboten wimmelt es völlig!) dient nicht dazu, eine Atmosphäre dafür zu schaffen.

Wenn wir von diesem Punkte aus den Weg übersehen, den die Weltpolitik (mit allem, was dazu gehört), in den letzten Monaten durchlaufen hat, so bietet sich doch ein sehr bedeutungsreiches Bild. Da war die Zollunion, welche den notwendigen *europäischen* Zusammenschluß zu hemmen, ja zu zerstören schien. Aber durch sie wurde doch auch dieses Problem erst recht in seiner Dringlichkeit offenbar. Wohl nicht ohne Zusammenhang mit der dadurch geschaffenen Erschütterung entstand die Gefahr der deutschen Katastrophe. Diese führte zu dem Eingreifen Hoovers und dieses wieder weist sehr deutlich den Weg zu einem wirklichen, europäischen Zusammenschluß. Wir wollen aber nicht vergessen, daß Hoovers Eingreifen, wenigstens wenn es nicht bloß eine Augenblicksfrage sein soll, nicht möglich gewesen wäre ohne den amerikanischen Zusammenbruch. Ist in diesem ganzen Ablauf der Dinge nicht etwas wie „Regiment“ zu erkennen?

Wird es aber auf diesem Wege wirklich vorwärts gehen? Daß Amerika und besonders England das wollen, ist wohl außer Zweifel. Brünings bekannte Radiorede mit der „Geste“ nach Frankreich hin ist wohl auch stark von dorthier inspiriert. Dann soll das „Pariser Chequers“ folgen.

Es tun sich vielversprechende Möglichkeiten einer neuen Europapolitik auf. Der Zweiten Internationale wäre neu eine ganz große Aufgabe gestellt. Nachdem die Sozialisten in der französischen Kammer den Hooverplan gerettet, müßte nun die Internationale die vorhin skizzierte europäische Friedenspolitik mit höchster Energie in die Hand nehmen, aber ehrlich, ohne versteckte nationalistische Hintergedanken. Sie würde dadurch selbst gewaltig an Kredit gewinnen.

Wird es so gehen? Der Zweifel ist berechtigt. Die Aufnahme des Hooverplanes in Deutschland, besonders soweit Frankreich in Betracht kommt, läßt ebenfowenig Gutes hoffen, als die endgültige Bewilligung der neuen großen Kredite für die Befestigung seiner Ostgrenze in Frankreich. Der gewaltige Beifall, den Briand in Gourdon gefunden, darf doch nicht über die gegenwärtige Ohnmacht seiner besonderen Stellung hinwegtäuschen. Es ist überall viel angehäufter Widerstand gegen das Rechte und Notwendige vorhanden. Ohne große Wendungen, ja wohl auch ohne Katastrophen wird es schwerlich gehen. Aber eins dürfen wir doch wohl im Glauben festhalten: Das amerikanische Eingreifen im Augenblick der äußersten Gefahr darf uns eine Bürgschaft dafür bleiben, daß es irgendwie doch gehen wird. Dennoch!

*

Soweit hatte ich letzte Woche geschrieben. Und nun ist eine *Katastrophe* schon eingetreten: die des *deutschen Wirtschaftslebens*, markiert durch den Zusammenbruch der größten deutschen Privatbank, der *Darmstädter- und Nationalbank*. Zu diesem Faktum gesellt sich die Weigerung Frankreichs, zu helfen, ohne daß politische Garantien gegeben würden (Einstellung des Panzerkreuzerbaus, Verzicht auf die Zollunion, Versprechen in Bezug auf die polnische Grenze), die aber von der deutschen Regierung abgelehnt werden. An der politischen Weisheit dieser Form französischer Forderungen zu zweifeln ist Grund genug. Sie

¹⁾ Dinge wie den *Kavallerietag* in Dresden oder vorher die Aufrüstungsrede von *Seekts* in Mannheim und nachher die fäbelraffende des französischen Kriegsministers Maginot (der dann ein wenig bremsen mußte), fördern natürlich diese Entwicklung nicht.

werden bloß durch die Haltung der französischen Nationalisten (die ihrerseits durch die der deutschen bedingt ist) erklärt werden können. Notwendig aber wäre *eine freiwillige politische Neuorientierung Deutschlands*, die sich vielleicht auch in einer neuen Regierungsbildung ausdrücken müßte, an welcher nur diejenigen Schichten des deutschen Volkes beteiligt sein dürften, die eine aufrichtige, zugleich deutsche und europäische Friedenspolitik zu treiben entschlossen sind. *Denn das müssen doch alle Deutschen einsehen, daß das ganze weltpolitische System von Grund aus geändert werden muß, wenn wir nicht alle miteinander dem Verderben verfallen wollen.*

Die ganze Tragweite dieser Wendung ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Vielleicht kommen noch weitere Katastrophen. *Politische* Folgen jeder Art scheinen unausbleiblich. Der Kommunismus wird nicht verfehlen, die Lage auszunutzen. Der Nationalsozialismus wird auf die Probe gestellt, ob er zu handeln weiß oder nicht. Auch die Sozialdemokratie. Daß durch alle diese Ereignisse das kapitalistische System bis auf den Grund erschüttert ist, kann doch wohl nur ein Blinder leugnen.¹⁾

2. Bolschewismus, Nationalismus, Faschismus, Papsttum.

Ein sehr enger Zusammenhang führt uns von dem Hooverplan zum Bolschewismus und Nationalismus. Eine Linie dieses Zusammenhangs ist soeben angedeutet worden. Es wird auch behauptet, daß eines der Motive Hoovers die Verhinderung der Bolschewisierung Deutschlands gewesen sei, die mit Sicherheit eingetreten wäre, wenn man es zur Katastrophe hätte kommen lassen. Tatsache ist, daß diese Bolschewisierung Deutschland von allen Seiten her als sicher angekündigt wird, falls es so weitergehe, und ebenso, daß der Bolschewismus aller Sorten den Hooverplan mit Zorn und Hohn aufgenommen hat, ihn also offenbar als Hindernis betrachtet.

Ich kann nur wiederholen, was ich schon vorhin erklärt: Der Hooverplan ist natürlich nicht *die* Hilfe. Ja, ich füge gern hinzu, daß er auch zum Gegenteil werden kann, wenn er in die falschen Hände gerät und daß diese Gefahr keineswegs klein ist. Diese Hände wären natürlich die der Großindustrie und Großfinanz mit ihren Diktaturgelüsten. Aber ich wiederhole auch, daß ich weder vom Bolschewismus noch überhaupt von dem Chaos, das gegenwärtig die Folge einer deutschen Katastrophe wäre, Gutes erwarten kann. Oder wer hat denn eine klare Idee davon, wie das werden sollte? Geschrei ist billig!

Nicht ohne Bedeutung ist, was uns über die neueste Wendung in *Rußland* selbst berichtet wird. Stalin kündigt ein abermaliges „Herumwerfen des Steuers“ an. Es sollen Unterschiede in der Löhnung der Arbeiter eingeführt werden, weil das Erwerbsmotiv als Triebkraft des Arbeitsfleißes nicht zu entbehren sei. Auch der Akkordlohn soll eingeführt werden. Die Rentabilität der Unternehmen sei mehr in den Vordergrund zu rücken. Die Leitung der Fabriken sei aus den Händen der Arbeiterschaft (worin sie auch bisher nur scheinbar lag!) zu nehmen und den Direktoren zu übergeben, die „bürgerlichen“ Sozialisten besser zu behandeln, den „Kulaken“ wieder größere Freiheit zu gewähren, die sogenannte Fünftagewoche aufzugeben, weil sie sich nicht bewährt habe — *also der Kampf gegen den Sonntag aufzugeben!* — und so fort. Was soll man dazu sagen? Was bliebe auf dieser Linie wohl vom „Kommunismus“ übrig? Sollte etwa der Fünfjahrplan doch nicht so glänzend stehen, wie man landauf landab sich vorstellt? Man wird die weitere Entwicklung abwarten müssen. Eine Abkühlung des russischen Raufches in den Köpfen vieler Nichtrussen täte jedenfalls gerade in diesem Augenblicke gut.²⁾

¹⁾ Vgl. den „Nachtrag“.

²⁾ Auch mit dem Ruhm, daß Rußland das einzige Land sei, worin es keine Arbeitslosigkeit gebe, scheint es nichts zu sein. Die Millionen von russischen Arbeitslosen versteckten sich bloß in der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Ich benutze die Gelegenheit, um meine herzliche Zustimmung zu *Martin Bubers* Beurteilung des bolschewistischen Systems, die man in diesem Hefte findet, auszusprechen.

Wütend über den Hooverplan sind auch die deutschen und andere Nationalisten. Auch ihnen verdirbt er die Spekulation auf das Chaos. Den Geist dieser „Erneuerungsbewegung“ haben die von ihr hervorgerufenen Skandalszenen an den *Universitäten* von Wien, München, Berlin und Köln gezeigt. Auch was man aus dem Zentralquartier des Hitlertums, dem „*Braunen Haus*“ in München vernimmt (homosexuelle Ausschweifung oberster Führer, jedoch, so viel ich weiß, nicht Hitlers selbst!) klingt nicht gerade nach der „Germania“ des Tazitus. Aus dem „Blut“ kommt eben keine nationale Erneuerung, sondern — etwas ganz anderes!

Was aber den südlichen Zweig des europäischen Nationalismus, den *italienischen Faschismus* betrifft, so ist das andere große europäische Ereignis, das an innerer Bedeutsamkeit den Hooverplan wohl noch übertrifft, die Kriegserklärung des Papstes an ihn. Sie ist durch eine *Enzyklika* geschehen, durch die sich der Papst an die ganze Christenheit wendet. Er hat sie, weil eine richtige Publikation in Italien nicht gesichert schien, heimlich (durch Flugzeug?) nach Paris und München bringen lassen, damit sie von dort aus der Welt bekannt gegeben werde. In dieser Enzyklika klagt der Papst den Faschismus all seiner Verletzungen der Lateranverträge an, behauptet besonders das Recht der Kirche auf die Jugend-erziehung und bezichtigt den Faschismus einer „heidnischen Vergötterung des Staates“. Das letztere hätte *früher* geschehen müssen, und zwar eben in dieser deutlichen, nicht einer bloß vorsichtig andeutenden Form. Dann hätte es eine große Tragweite gehabt und hätte auch dem Papsttum einen gewaltigen moralischen Kredit gesichert. Jetzt kommt es, nach dem Paktieren mit dem Faschismus und all den Verbeugungen vor ihm, zu spät. Freilich ist ja sicher, daß das Papsttum siegen wird. Seine Haltung ist wohl auch ein Symptom der schlimmen Lage des Faschismus, über die der Papst durch seine Organe ja besser orientiert sein wird, als sonst irgendwer. Wenn Mussolini zum Gegenschlag allen Mitgliedern der Katholischen Aktion die Mitgliedschaft in der faschistischen Partei verbietet und überhaupt gegen den Vatikan den starken Mann spielt, so ist das wohl nur Verzweiflung und Vabanquespiel. Aber die Vorgänge in Spanien und die in Italien beleuchten mit unerwartetem Licht auch die Lage der römischen Kirche: *Mit dem Katholizismus als geistigem Prinzip steht es gut, aber mit der römischen Kirche als Macht schlecht, sehr viel schlechter, als man wußte.*¹⁾

Das bedeutet freilich in einem *höhern* Lichte: *Es geht ihr gut!*

Weil wir hier aber in der Weltpolitik stehen, so darf wohl darauf hingewiesen werden, daß ein Bündnis des deutschen (und österreichischen) Faschismus mit dem Zentrum oder einer analogen Partei nun wohl weniger als je in Betracht kommt, selbst wenn in Rom bald wieder eine Veröhnungskulisse aufgerichtet werden sollte. Und das ist gut.

3. Einiges, was seitab steht.

Noch im Bereich des Nationalismus befinden wir uns mit dem *Zionistenkongreß*, der soeben in Basel stattfindet. Er scheint im Zeichen eines jüdischen Nationalismus zu stehen, der den „Judenstaat“ will, nicht bloß die „jüdische Heimstätte“. Daß dieser Judenstaat keine Verheißung hat, bleibt meine Ueber-

¹⁾ Die *Höllenzaubmaschine*, die in St. Peter entdeckt wurde, und die, wie man behauptet, den ganzen ungeheuren Kuppelbau zum Einsturz gebracht hätte, wenn sie nicht noch rechtzeitig entdeckt worden wäre, ist auch ein vielfagendes Symptom der Lage. Auch aus dem übrigen Italien werden immer neue faschistische Gewalttaten gegen die Kirche und ihre Organe gemeldet. Die „Gazzetta“, das faschistische Organ für Sizilien und Colobonien, erklärt: „Wenn der Duce uns befähle, alle Bischöfe zu erschließen, so würden wir nicht einen Augenblick zögern.“ Bomben, die in Genua, Peroma, Bologna und Turin explodierten, zeugen ihrerseits von der leidenschaftlichen Erregung der Bevölkerung gegen das Regime. Dieses scheint sich durch eines im Gegensatz zu diesen mehr demonstrativen Attentaten, durch eine wirkliche Verheerung in einem römischen Bahnhof gerächt zu haben, welche den Unwillen der Bevölkerung ablenken sollte.

zeugung. Ich glaube, daß nur ein Zionismus, wie ihn Martin Buber, Hans Kohn, Judah Magnes verstehen, eine Zukunft hat, dieser aber sicher. In der Nichtwiederwahl des bisherigen, um die Sache des Zionismus hochverdienten Leiters *Chaim Weizmann* hat die Opposition einen Sieg errungen, den weiter zu verfolgen ihre Kraft aber nicht zu reichen schien.

In *Spanien* haben die Wahlen zu der konstituierenden Nationalversammlung große Mehrheiten für die Republikaner, besonders die Sozialisten (welche die stärkste der Parteien bilden), ergeben und auch die Bestrebungen der Autonomisten bestätigt, aber den Kommunisten nicht den geringsten Erfolg gebracht. Die Gärung, ohne die eine solche Umwälzung natürlich nie verläuft, hat freilich noch nicht aufgehört; auch neue Klosterstürme sind vorgekommen. Ebenso hat, wie es scheint, ein *Generalstreik*, dessen Mittelpunkt Sevilla bildete, die Sache des Kommunismus zu fördern versucht, aber ohne Erfolg.¹⁾

In *Chile* hat eine Revolution, an der sich besonders die Studenten (!) beteiligten, den Diktator Ibanez beseitigt.

In *Mexico* sind neue Religionswirren ausgebrochen, immer den spanischen Vorgängen ein wenig analog.

Bulgarien hat durch die Wahlen die reaktionäre Regierung gestürzt, die so lange das Land mit Terror erfüllte. Ob es nun besser wird?

Auch in *Oesterreich* hat ein Regierungswechsel stattgefunden. Der moralisch unmöglich gewordene Direktor der Bundesbahnen, Dr. Straßella, der Günstling Vaugouins, ist gestürzt worden. Die Stützungsaktion für die Kreditbank ist von Frankreich zu einem, wie unsereins urteilen muß, sehr törichten Versuch benutzt worden, die Zollunion loszuwerden. Er ist von England vereitelt worden, was immerhin auch seltsam ist. Es taucht im übrigen wieder bestimmter das Gerücht auf, daß sowohl Frankreich wie Italien allfällig bereit wären, eine *Rückkehr der Habsburger* dem „Anschluß“ vorzuziehen. Das wäre auch ein „Segen“ deselben!

Ob damit etwa eine von vielen hervorragenden bayerischen Persönlichkeiten abgegebene Erklärung im Zusammenhang steht, die sich gegen die übernehmende Tendenz des Reiches wendet, *Bayern* seine besondere Stellung zu nehmen und es zu einem bloßen Verwaltungsbezirk des Reiches („Preußens“) zu machen? Das ist wohl unwahrscheinlich. An sich ist sie jedenfalls zu begrüßen.

¹⁾ Wie der Antimilitarismus ein Prüfstein wirklicher Demokratie ist, beweist folgender Bericht des mir bekannten, ausgezeichneten Amerikaners Dewere Allen, eines Augenzeugen der spanischen Vorgänge in der Zeitschrift „The Christian Register“ (Nr. 24):

„Eine der ersten Fragen, die Alfonso beschäftigten, als er anno 1902 König wurde, war die der Militärschulen. Diese hatten allmählich als nationale Macht ihre Bedeutung verloren; aber der junge König, der selbst in militärischer Begeisterung herangewachsen und erzogen war und diese während seiner ganzen Regierungszeit bewiesen hat, bestand darauf, daß diese Schulen wieder geöffnet und dazu noch ausgedehnt würden. Von da an strömten die Offiziere Jahr für Jahr nur so in das spanische Volk, sodaß zu dem Zeitpunkt, wo die Aprilereignisse einsetzten, Spanien, ein Land, das sogar unter militärischen Gesichtspunkten betrachtet, gar keine Armee nötig hätte, da es keine auswärtigen Feinde besaß, ungefähr 250 Generäle und 20 000 Offiziere zählte — einen Offizier auf je zehn Mann! Es ist höchst bezeichnend, daß es eine der ersten Aktionen des neuen Regimes war, jedem Offizier der Armee, der sich zurückziehen würde, eine Pension anzubieten. Die Militärschulen sollen in großer Zahl geschlossen werden, sobald die gegenwärtigen Schüler entlassen sind. Alle Arten von Einrichtungen für militärische Übungen werden scharf beschnitten und es soll nur eine ganz kleine Militärmacht beibehalten werden, die bloß eine Art Polizeikorps bilden würde.“

Dem sei hinzugefügt, daß Spanisch-Marokko, das allfällig wieder Anlaß zu kriegerischen Verwicklungen bieten könnte, dem Völkerbund zur Verwaltung übergeben werden soll.

Ein intelligenter Föderalismus (nicht ein Partikularismus, der übrigens nie intelligent ist) gehört zum Besten, was man dem deutschen Volke wünschen kann. Es ist auch ein gangbarer Weg zum „Anschluß“.

4. Die Abrüstungsbewegung.

Die Friedensbewegung spitzt sich gegenwärtig immer mehr auf die Abrüstungskonferenz zu. Ihr galt auch eine große *Debatte im englischen Unterhaus*, worin die offiziellen Sprecher der Parteien gleichmäßig betonen, daß sie zu einem guten Ergebnis kommen müsse. Nur Churchill erklärte im Hinblick auf die kommende Auseinandersetzung mit Rußland, daß die französische Armee eine Bürgschaft der Erhaltung des Friedens sei. Bei Macdonald war auffallend, daß er, nachdem er anhand von genauen Zahlen die europäischen Rüstungen dargestellt und auch nachgewiesen hatte, welche eine große Abrüstung in England bereits geschehen sei, erklärte, nun könne England kaum auf diesem Wege weitergehen, wenn die andern nicht entsprechend nachrückten. Das widerspricht doch der englischen These von der Sicherheit *durch* Abrüstung und der Wirksamkeit des *Beispiels* in dieser.

Inzwischen hat in der Albert Hall in London eine Demonstration für die Abrüstung stattgefunden, an der 60 Friedensorganisationen beteiligt waren, der 30 000 Menschen beiwohnten (die große Mehrheit im anstoßenden Hyde Park, wohin die Lautsprecher die Reden trugen) und an welcher die Führer der drei großen Parteien, Macdonald, Baldwin und Lloyd George sprachen.

In *Holland* ist etwas geschehen, was aufs neue zeigt, wie weit uns dieses Land im antimilitaristischen Kampfe voraus ist: die ganze Presse hat sich verpflichtet, einen Aufruf für die allgemeine und totale Abrüstung aufzunehmen. Die Unterschriften sollen denn auch schon auf 1,7 Millionen gestiegen sein! Holland bleibt mit Dänemark das Vorland des Antimilitarismus.

Bei uns, „im Lande der Freiheit“, beschränkt sich die Presse entweder auf ein völliges Schweigen von der *Aktion der Frauenliga*, oder sie arbeitet gegen sie mit Lüge und Verleumdung. Die Ausnahmen sind so selten, daß man kaum die Finger beider Hände braucht, um sie aufzuzählen. Trotzdem dürfte die Zahl der Unterschriften nun 200 000 erreicht haben — ohne die Zeitungen und gegen sie.¹⁾

Auch in *Deutschland, Oesterreich* und *Frankreich* geht nun die Aktion der Frauenliga energischer vorwärts. In einzelnen deutschen Gegenden unterschreiben ganze Dörfer. Die *amerikanische* Frauenliga veranstaltet eine „Friedenskarawane“, die vom pazifischen Ozean bis zum atlantischen gehen und alle wichtigeren Städte der Vereinigten Staaten berühren soll. Sie hofft, auf diese Weise mindestens eine Million Unterschriften sammeln zu können, die dann dem Präsidenten Hoover übergeben werden sollen mit der Aufforderung, Delegierte nach Genf zu schicken, die ernstlich den Frieden schaffen wollten.

Die *Regierung* der Vereinigten Staaten hat auf die Abrüstungskonferenz hin genaue Angaben über die Rüstung ihres Landes zu Wasser und zu Land und in der Luft veröffentlicht. Sie hofft, damit die andern Regierungen zur Nachahmung zu bewegen, wird aber wenig Gegenliebe finden. Denn diese schlechte Sache sucht immer mehr Schutz in Lüge und Verborgenheit. — Eine von einer Masse von einflußreichen amerikanischen Persönlichkeiten, die zugleich Vertreter großer Organisationen sind, unterzeichnete Erklärung fordert von der Abrüstungskonferenz als Minimum eine Verminderung der Rüstungen von 10 Prozent jährlich während fünf Jahren (also von 50 Prozent in dieser Zeit), Verbot der Unterseeboote und aller Kriegsschiffe über 10 000 Tonnen, dazu des Giftgaskrieges und ähnlicher Methoden, Einsetzung einer beständigen Entwaffnungskommission zur Ueberwachung der Ausführung dieser Beschlüsse und so fort. Die

¹⁾ Große Wirkung hat es gehabt, daß der „*Beobachter*“ eine Empfehlung der Aktion aus der Feder von Frau Dr. Lejeune aufgenommen hat. Man erkennt daraus immerhin, welche Macht die Presse noch besitzt. Meistens übt sie dieselbe im Sinne einer Tyrannei und Diktatur ohnegleichen aus.

französische Regierung ihrerseits hat in einem Memorial zur Abrüstungskonferenz ihren bekannten Standpunkt auseinandergesetzt. Hoffentlich forgen gewisse Entwicklungen dafür, daß es nicht dabei bleibt.

In Zürich hat in den Kreisen der zwei Hochschulen ein Rededuell über die Abrüstungsfrage zwischen *Oberst Wildbolz*, dem Leiter der Propaganda für unser Militär, und *Paul Graber*, dem Sekretär der schweizerischen sozialdemokratischen Partei stattgefunden, dessen Ausgang Herrn Wildbolz endgültig die Luft benehmen könnte, nochmals in Zürich sein Glück zu versuchen, und zwar „im offenen Felde“. Diese Tatsache ist umso wichtiger, als die Hochschulen natürlich auch bei uns die festesten Burgen des Militarismus und aller Reaktion überhaupt sind.

Dafür wird sich Herr Wildbolz (ich nenne mit Grund wieder *seinen* Namen) nun wohl auf die Propaganda für den sogenannten Schutz der Zivilbevölkerung durch *Gasmasken* werfen. Ueber den verbrecherischen Volksbetrug dieses „Schutzes“ möchte ich einen Leser, einen ehemaligen Offizier, reden lassen.

„Nun kommt der Schwindel doch! Nämlich der Gaschutz der Zivilbevölkerung. Laut Meldung vom Juli hat der Bundesrat beschlossen, auf den 9. November 1931 eine Konferenz der am Gaschutz der Zivil-Bevölkerung interessierten Behörden und Organisationen nach Bern einzuberufen. Auf gegen 200 Teilnehmer soll gerechnet werden. Wäre es nicht viel einfacher, die Gasmaskenlieferanten einzuladen? Dann ginge es viel schneller und einfacher; denn die ganze Sache geschieht doch auf Betreiben derselben.

Autoritäten versichern uns, daß es einen Schutz gegen die immer wieder intensiver wirkenden Giftgase *gar nicht gibt* und trotzdem soll nun diese Geldverschwendung in Szene gesetzt werden?

Man denke sich die Bevölkerung in dieser entwürdigenden Maskierung! Viel lieber sterben, als sich mit dieser Schandmaske bedecken. Wie *ein Mann* sollte sich die Zivilbevölkerung erheben gegen diese Zumutung und ihre logische Voraussetzung, daß ein *Nachbarvolk* die Scheußlichkeit beginge, uns mit einem Gasangriff zu töten! Wir sind doch mit allen Nachbarvölkern befreundet und durch Verträge für schiedsgerichtliche Erledigung von Differenzen verpflichtet. Trotzdem hält man einen solchen Ueberfall für möglich! Gibt es einen krasseren Fall von Unaufrichtigkeit als diesen? Und wie sieht das aus gegenüber den heutigen gewaltigen Anstrengungen, die alle Staaten für die Abrüstung unternehmen? Was sagen die Frauen dazu?“

Auch die *Internationale Kommission für geistige Zusammenarbeit* hat eine entschiedene Abrüstungsresolution angenommen. (Gehört ihr nicht auch *Gonzague de Reynold* an? Wie hat er gestimmt?)

Von der Stellung der *Kirchen* zur Abrüstungskonferenz soll später die Rede sein.

Im Ganzen ist zu sagen, daß die *Aussichten* der Konferenz infolge der neuesten Wendungen gewaltig zugenommen haben. Besonders scheint die angelsächsische Welt entschlossen zu sein, ihr sozusagen um jeden Preis einen Erfolg zu sichern. Die kleineren Völker (die Schweiz ausgenommen) werden ohnehin auf dieser Seite stehen. Wenn es nun bloß noch geschehen könnte, daß *Frankreich* es ebenfalls täte! Dann könnte doch im Februar 1932 etwas Rechtes, vielleicht sogar etwas Großes getan werden!

Neben der direkten Abrüstungslinie sind folgende Tatsachen einer besonderen Erwähnung wert.

In Frankreich ist wieder ein General, *Bourguet*, zum Antimilitarismus übergegangen.

In *Schweden* haben sich 3000 Personen zur absoluten Verweigerung von Militär- und Kriegsdienst bekannt. „Kommende Dinge!“

Die *Sowjet-Regierung* hat den dienstverweigernden Tolstoianern, statt sie weiter ins Gefängnis zu stecken, in Sibirien (im Bezirk Kuznez) große Ländereien als Siedlungsgebiet angewiesen — die erste aller Regierungen, die diesen Schritt tut.

Das *Internationale Antimilitaristische Bureau*, das seinen Sitz im Haag hat, feiert nächstens sein zehnjähriges Jubiläum. Es hat in diesem Zeitraum einen großen Kampf geführt. Anfangs noch ein wenig im klassenkämpferischen Dogma befangen, hat es sich davon bald frei gemacht und repräsentiert neben der Internationale der Kriegsdienstgegner und den Quäkern den äußersten linken Flügel des pazifistischen Heeres. Wir sprechen ihm unsern Dank und unsere herzlichsten Glückwünsche aus.

Die *Dienstverweigerung* nimmt offensichtlich immer mehr zu. In *Belgien* hat der junge Tischlergefelle *Corneille Lejeune* sich geweigert, sich zum Militärdienst zu stellen. Lejeune ist Protestant und erblickt in der Haltung eines Heeres einen Widerspruch zum Evangelium. Er wurde zu Lüttich vom Militärgericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Es ist der erste derartige Fall in *Belgien*.

In *Polen* haben neu verweigert: *Platon Kosziewiez* und *Konstanty Stanczuk*; früher *Alexander Mozolewski*, alle aus religiösen Gründen.

In *Schweden* ist ein Fonds gegründet worden, um jenen Munitionsarbeitern zu helfen, die nicht weiter ihren Lebensunterhalt durch die Erzeugung von Munition verdienen wollen. Im Gründungsaufruf heißt es:

„In mehreren Ländern hat die Gesetzgebung durch die Einrichtung des alternativen Zivildienstes das Recht des Staatsbürgers, sich nicht gegen seine Ueberzeugung zum Militärdienst zwingen zu lassen, anerkannt. Es gibt aber noch viele Menschen, die durch den wirtschaftlichen Druck gezwungen sind, dem Kriegszweck zu dienen, und das sind die Arbeiter in der Kriegsindustrie.“

Der Aufruf betont die Notwendigkeit, Arbeit für jene zu finden, die die Munitionsfabriken verlassen, und ist von hervorragenden schwedischen Persönlichkeiten unterschrieben, darunter von Karl Lindhagen, Bürgermeister von Stockholm, Nathanael Beskow, John Woxtröm und Elin Wägner.

Wie auch im *Osten* der Antimilitarismus wächst, beweist u. a. folgendes Dokument:

Die Allgemeine Japanische Arbeiterunion (*Kanto Ippan Rodosha Kumiai*) von Tokio drückt in einem Brief, den wir auszugsweise wiedergeben, ihre Solidarität mit den Kriegsdienstgegnern aus:

Lieber Freund!

„Wie wir uns freuen, Ihnen diesen Brief schreiben zu können! Wir erhielten Ihren Brief und die Bücher mit herzlichem Dank. Verzeihen Sie uns, daß wir so lange nicht geantwortet haben, aber wir mußten erst die Zustimmung aller Kameraden zu diesem Brief bekommen.

Wir sind mit Ihrer Erklärung und Ihren Grundfätzen einverstanden, und wir sind auch gegen jeden Militarismus, sei er „weiß“ oder „rot“. Wir wissen, daß wir nicht allein sind, und daß viele Männer und Frauen gegen das Hinschlachten der Menschen kämpfen.

In *Japan* sind der Patriotismus und Militarismus noch sehr stark. Die Menschen kennen die Schrecken des Krieges nicht so wie Ihr in *Europa*. Auch wird in Städten und Dörfern, in den Schulen und von allen Behörden aus der Staatsgedanke und der Patriotismus sehr verbreitet. Angesichts dieser Tatsachen ist es sehr notwendig, daß bei uns auch die Idee des Antimilitarismus und der Gefahr eines zweiten Weltkrieges verbreitet wird.

Wir danken für Euren warmen Händedruck und würden gerne mit Euch arbeiten.

Die Wogen der Reaktion gehen bei uns hoch und der rote Militarismus der Bolschewiken verführt die Menschen ebenso wie die Idee der Diktatur. Aber wir verlieren den Mut nicht und bemühen uns, eine Front aufzustellen, die gegen das kapitalistische System als die Wurzel des Krieges kämpfen soll.

Aus der russischen Revolution haben wir gelernt, daß die Gewalt, auch dann, wenn sie als Schutz der Revolution gemeint ist, die neue Gesellschaft nicht errichten kann. Diese kann vielmehr nur durch Solidarität und gegenseitige Hilfe geschaffen werden.

Sagt uns, was wir tun sollen, und wir werden alles machen, was wir können, um mit Euch zu arbeiten.“

Und nun noch ein *Buch*. Die Fortsetzung von *Remarques* „Im Westen nichts Neues“, vor kurzem unter dem Titel: „*Der Weg zurück*“ erschienen, ist nicht nur künstlerisch dem ersteren Werk bei weitem überlegen, sich bis zum „Klassischen“ erhebend, sondern wirkt wenn möglich noch erschütternder, noch tiefer greifend und ist dazu in seiner Art noch origineller. Es ist eine gewaltige Hilfe in unserem Kampf.

5. Soziales und Sozialistisches.

Die soziale Auflösung zum *Chaos* hin, die gleichzeitig eine Anspannung zur sozialen *Revolution* hin ist, bewegt sich mit jeder Woche einen Schritt weiter, im Großen und endgültig nur durch eine Umkehr zu hemmen, die Umwälzung (im besten Sinne) sein muß. Die *Arbeitslosigkeit* dauert an, wächst in England sogar mitten in der besten Jahreszeit! Unser Freund, Pfarrer *Kappes* in Karlsruhe, hat jüngst in einer zürcherischen Versammlung, die der bisherigen und der künftigen Aktion für die Kinder der Arbeitslosen gewidmet war, auf tiefe und ergreifende Weise geschildert, was in Deutschland die Arbeitslosigkeit heute bedeutet. Das hätten statt ein paar hundert, die sich die Mühe gegeben hatten, zu so etwas zu kommen, tausende hören sollen.¹⁾ Bei der letzten Konferenz des *Internationalen Arbeitsamtes*, von der schon in der Monatschau des Juniheftes die Rede war, hat der Direktor Albert Thomas die Vorschläge des Büros auseinandergesetzt. An der Tüchtigkeit und am guten Willen von Albert Thomas ist natürlich nicht zu zweifeln, aber daß die Vorschläge des Büros im Vergleich zu der Not, um die es sich handelt, sich ausnehmen wie ein paar lange Brückenstege inmitten einer weltweiten Ueberschwemmung, ist leider Tatsache.

Die soziale Borniertheit versucht immer wieder die Hilfe auf dem Wege des sogenannten *Lohnabbaus* (häßliches Wort für eine böse Sache!) oder womöglich der *Verlängerung der Arbeitszeit* zu helfen. Der große Streik in der Textilindustrie Nordfrankreichs, der darob entbrannte und viele Wochen dauerte, ist inzwischen zu Ende gekommen, und zwar nicht ohne Erfolg für die Streikenden. Für den Bergbau hat die Arbeitskonferenz den $7\frac{3}{4}$ Stundentag mit 25 Prozent Lohnzuschlag für Mehrarbeit festgesetzt. In England haben sich alle Parteien auf den $7\frac{1}{2}$ Stundentag und einen Minimallohn geeinigt.

In Frankreich ist von der Kammer nach Zeitungsberichten *das Recht auf eine Woche Ferien für alle Industrie- und Landarbeiter beschlossen* worden. Wenn das stimmt, so ist das keine Kleinigkeit, so selbstverständlich es ist und so weit es unter Notwendigem bleibt.

In der *Schweiz* haben konservative Kreise, besonders katholische, unter der öffentlichen Führung des Abbé Savoy (und wohl unter der Hintergrundführung von Bundesrat Mufy), mit den Kommunisten zusammen (in diesem Falle fürchtet man also ein solches Bündnis nicht!) das Referendum gegen das mühsam zustande gekommene Gesetz über die *Alters- und Invalidenversicherung* ergriffen, und zwar mit der Absicht, es zu Fall zu bringen. Daß man ein solches Gesetz dem Volke unterbreitet haben will, wäre an sich nicht zu tadeln. Auch verdient das Gesetz als Flickwerk und Kompromißprodukt gewiß keine Begeisterung. Aber es sind ja vorwiegend die Verächter der Demokratie, die das Referendum verlangen und ihre große Mehrheit hat jedenfalls nichts *Besseres* im Sinne. Das Gelingen dieses Feldzuges hätte bloß zur Folge, daß das Volk unserer Alten und Invaliden wieder ein paar Jahrzehnte warten müßte. Auch einige Pfarrer von der Richtung der von Direktor Grob inspirierten „Reformierten Schweizer Zeitung“ haben sich in Form eines Protestes gegen einen Beschluß des „Kirchenbundes“ gegen die Vorlage gewendet — mit einer ganzen oberflächlichen, von einem nach rückwärts ge-

¹⁾ Es sprachen bei diesem Anlaß noch Herr *Ernst Braun* über die ganze Aktion, Herr *Dr. Siegfried* über den Anteil, den Pro Juventute daran genommen, und Herr Pfarrer *Vogt* in Walzenhausen über die Not der ostschweizerischen Textilarbeiter. Ueber die Aktion ein andermal mehr!

richteten Utopismus getragenen Begründung (man dürfe ob dem Etatismus nicht das charitative Tun, die „Liebestätigkeit“, vergessen!).

Vielleicht bedenkt man gerade in diesem Zusammenhang am besten die Zahlen, welche die St. Galler „Volksstimme“ über das Einkommen gewisser Kreise unserer Bevölkerung veröffentlicht hat. Das gleiche Blatt berichtet in Nr. 115 und 151¹⁾ über die Dividenden- und Tantiemenwirtschaft großer schweizerischer Unternehmungen. Sie weist nach, daß z. B. die Firma Hoffmann-La Roche in Basel (chemische Industrie!) im „Krisenjahr“ 1930 volle 60 Prozent Dividenden ausbezahlt hat und die nicht weniger berühmte Firma Maggi 32 Prozent, wobei die erstere nur 30 und die letztere nur 10 Prozent angibt.

Der *schweizerischen Hotellerie* geht es, zum Teil infolge der Weltkrise, zum Teil wegen der Bestimmung, daß deutsche Reisende für den Paß ins Ausland 100 Mark zahlen müssen, schlecht. Das wird einem in mancher Beziehung leid tun; aber wenn man weiß, mit welcher blinder Gier viele Hoteliers, zum Teil gegen gesetzliche Verbote (die man frech umging, unter stillschweigender Duldung der Behörden) Neubauten errichteten, um den Goldstrom doch ja in ihre Bassins zu leiten, und wie sie nicht daran dachten, daß die fetten Kühe einiger Nachkriegsjahre vielleicht nicht ewig lebten, der wird sich darüber nicht wundern. Hier waltet auch ein *Gericht*. Und zwar eins, das wahrscheinlich auch weitergeht.

Der Krach der *Banque de Genève* tut ebenfalls die ganze Fäulnis dieses Systems kund.

Dazu der Ueberfluß an Getreide bei schwerem Hunger von hundert Millionen Menschen, die Verbrennung von Weizen und Verfenkung von Kaffee in Riesenmengen.²⁾

Und endlich die riesige *deutsche Katastrophe!* Und als Teil, ein wenig auch als Ursache davon, der Zusammenbruch des *Nordwolle-Konzern* mit dem Verhalten und Schicksal der Familie *Labusen*, die mit dem der *Donatbank* verflochten ist — und so fort!

So geht es nicht mehr weiter!

Die Flammenschrift steht schon an der Wand unserer ganzen Zivilisation: Gezählt, gewogen und zu leicht erfunden!

5. *Schweizerisches.*

Eine in der Wüste der Geistverlassenheit aufgrünende Oase ist die „*Neue Front*“, eine Studentenbewegung, die in Zürich entstanden ist. Es stehen hinter ihr stark die Gedanken, die in Schmidhausers Schrift: „Das Schicksal der Schweiz im Schicksal der Demokratie“ entwickelt sind. Diese aber sind den von uns vertretenen nicht ferne, nur daß wir entschieden auf dem Boden des *Sozialismus* stehen. Eine ganze Nummer des „Zürcher Studenten“ (Nr. 3) ist ihrem Bekenntnis gewidmet. An der freisinnigen Akademikertagung in Solothurn hat diese neue Denkweise die Verhandlung geistig beherrscht, wenn auch natürlich nicht die Mehrheit erobert. Es ist eine erfreuliche und verheißungsvolle Erscheinung. Mag sie sich auch zu keiner Partei verdichten und vergrößern, so wird sie als eine Gedankenwerkstätte doch große Bedeutung gewinnen können.³⁾

¹⁾ Siehe weiter hinten!

²⁾ Natürlich zur Hochhaltung der Preise. So sollen nur in Brasilien zirka 45 000 Säcke Kaffee verbrannt worden sein und 200 000 Säcke für diesen Zweck bestimmt sein. (Man redet sogar von 20 Millionen Säcken.)

³⁾ Die in Solothurn von der „Neuen Front“ vorgelegte und mit 57 gegen 31 Stimmen verworfene Resolution bringt die Quintessenz ihrer Gedanken zum Ausdruck: „Wir sehen unser Volk in eigennützigem Klassen und Gruppen zerrissen und erkennen die schweren Schäden, die unsere Volkswirtschaft darob erleidet, und die politischen und wirtschaftlichen Gefahren, die einem in sich uneinigem Volk drohen. Wir suchen die Einigkeit unseres Volkes und eine organische Volkswirtschaft statt chaotischer Interessenwirtschaft. Wir glauben, daß dieses Ziel nur

Wir freuen uns auch, daß wir der *Zofingia* (der wir ja selbst einst sehr aktiv angehörten) Unrecht getan haben. Das neueste Heft ihres Organs („Zofingia“) bringt mehrere entschiedene Erwiderungen auf die von uns gemeldeten militäristischen-reaktionären Stimmen.

Dagegen hat unser Faschismus vorläufig die *Radio-Zensur* aufrecht erhalten.

Die Stadt Zürich ist durch die „*Eingemeindung*“ von mehreren Vororten nun auf etwa 300 000 Einwohner angewachsen. Das ist im Vergleich zu andern Ländern noch nicht überwältigend. So viel zählen Vororte von Newyork oder London. Trotzdem behält die Angst vor der Großstadt ihr Recht und eine weitgehende Dezentralisation müßte als Gegengewicht der notwendigen Zentralisation geschaffen werden.

6. Kulturelles.

Die *Kolonialausstellung* in Paris ist nun auch von einer ähnlichen Katastrophe ereilt worden, wie die im Münchner Glaspalast, indem die holländische Abteilung, die Perle der ganzen Ausstellung, mit kostbaren und unerfetzlichen Sammlungen dem Feuer zum Opfer fiel. Offen gestanden: ich habe dieses Schicksal für die *ganze* Ausstellung erwartet!

In Genf hat wieder eine Konferenz gegen die *Rauschgifte* stattgefunden. Dabei scheint abermals die Schweiz, durch Dr. *Carrière* vertreten, eine miserable Rolle gespielt zu haben. Wann fällt einmal ein volles Licht der Wahrheit auf diesen besonders dunklen Fleck an unserer *wirklichen* nationalen Ehre? Da sollte einmal Einer oder Eine dahinter! Es handelt sich um eine der Küchen des Teufels.

Eine Niederlage der höheren Menschlichkeit und sicher auch des Evangeliums für die Verlorenen ist die *Abschlachtung des Mörders Kürten*, die nun doch stattgefunden hat. Und das in einer Welt, die vor kurzem 12 Millionen junge Männer gemordet hat! (Vgl. Remarque I. und II.) Dagegen darf man es begrüßen, daß der Prozeß *Riedel-Guala* eine Revision erfährt. Denn so unerfreulich das Paar sich einst dargestellt hat, soll doch an ihm kein Justizunrecht begangen werden.

In Nordamerika sind sieben junge *Neger* mit Hinrichtung bedroht, weil sie ein weißes Mädchen vergewaltigt haben sollen, was sie aber entschieden bestreiten. Eine internationale Aktion für sie ist veranstaltet worden. Wie steht es nun mit ihnen?

durch planmäßige Organisation und Ueberwindung der gegenwärtigen sozialen Spannungen erreicht werden kann. Wir ersehen daher die Aufgabe unserer Zeit darin, die gegenwärtig nur auf ihren Eigennutz bedachten, aber aus dem tiefen Bedürfnis nach Gemeinschaft entstandenen partikularistischen Verbände umzuwandeln in Wirtschaftskörper, welche sich organisch in die Volkswirtschaft einordnen. Dieses Problem muß in erster Linie durch die Wirtschaft selbst, jedoch unter Mithilfe des öffentlichen Rechts, durch den Ausbau der bereits bestehenden Organisationen zu Selbstverwaltungskörpern gelöst werden, indem diesen Aufgaben zur selbständigen wie gemeinsamen Erledigung zugewiesen werden, und zwar sowohl im Gebiete der Wirtschaftsplanung, als der sozialen Fragen (Arbeits- und Betriebsrecht, Lohnfindung, Fürsorge usw.). Für ihr Tun sollen diese Verbände nicht nur sich selbst, sondern ebenso der Gemeinschaft verantwortlich sein. Solche Organisationen entsprächen der genossenschaftlich-demokratischen Tradition unseres Vaterlandes. Wir sind uns der sozialen Verpflichtungen wohl bewußt, die uns das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft auferlegt. Darum fordern wir von der *Freisinnigen Partei*, daß sie das Gebot der Zeit erkenne, die Pflicht gegenüber der Gemeinschaft gebieterisch vor das Recht des einzelnen stelle und sich vorbehaltlos für alle Volksklassen einsetze, vor allem auch für jene, die sich unter dem Drucke der entfesselten Wirtschaft in Sonderverbände zusammenschlossen und heute dem Gedanken der *Volksgemeinschaft* wieder gewonnen werden müssen.“

Im allgemeinen: *Betäubung* und *Gewalttat* gehören, neben der *Sportseuche*, zu allem übrigen.¹⁾

7. Religion und Kirchen.

Endlich: Religion und Kirchen. Auch wenn sie lebendiger wären, als sie sind, würde sich ihr Leben natürlich weniger in Form von Chronik darstellen lassen.

Das wichtigste Ereignis in dieser Sphäre ist schon anderwärts daran gekommen: *der Krieg des Papsttums mit dem Faschismus*. Ich wiederhole bloß den Gedanken, wie wenig grundfest doch die Macht der katholischen Kirche ist, soweit sie eben Machtinstitution ist. Sie wird, wenn sie leben will, wohl allerlei Wandlungen durchmachen und etwa an die Katakomben denken müssen. Gewaltige Entwicklungen sind auch hier im Werden.

Auch an die *protestantischen* Kirchen schlagen die Wellen von allen Seiten empor und ihre Mauern sind wahrhaftig nicht fest. Die Abfalls- und Austrittsbewegung nimmt überall zu. Auch das *Missionsfeld*, auf das man sich einst mit der fast einzigen „Aktivität“ (neben der „Innern Mission“) flüchtete, ist von allen Seiten bedroht. Neuerdings hat *Gandhi* erklärt, daß er alle Mission verurteile, wenn sie unter dem Deckmantel von humanitärer Arbeit Religion einführen wolle und scheint angedeutet zu haben, daß er eine solche Methode direkt verbieten würde. Man weiß, wie es in China und Afrika steht. Die Mauer, welche man aus *Theologie* um die Kirche herum aufrichten wollte, hält auch nicht. Wenn Karl Barth, der Oberbaumeister, in „Zwischen den Zeiten“ (2. Heft 1931) einen Notschrei erhebt („Die Not der evangelischen Kirche“), so wird wohl jeder im heutigen Weltleben stehende Mensch darin die Antwort auf die Frage vermissen, welche Sache denn die Kirche ergreifen, welches „Wort“ sie sprechen müßte. (Denn das sei ihre Not, daß sie „keine Sache“ habe, kein „Wort“.) Vielleicht wird sich doch zeigen, daß die nicht so ganz unrecht hatten, welche meinten, sie müßte das „Wort“ aufnehmen, das der *lebendige* Gott in unsere Zeit hinein spreche und dieses Wort sei wohl im sozialen und im Kriegsproblem zwar nicht erschöpft (sicher nicht!), aber verständlich gemacht, und ihre „Sache“ wäre, *dieses* Wort zu verkündigen, und zwar vor allem auch durch die *Tat* — ich meine: das, was Gott mit diesen Dingen und über sie hinaus, aber nicht *ohne* sie, uns sagen will.

Tatsächlich sind es auch das soziale und das Kriegsproblem, die allein den Kirchen Anlaß zu lebendigen Äußerungen wie zum Nachdenken (zur „theologischen Befinnung“, wie der Jargon lautet) Anlaß geben. So hat in der *St. Galler Synode* unser Gefinnungsgenosse Pfarrer *Berger* von Uznach eine Äußerung über den von der „Volksstimme“ veröffentlichten *Tantièmenskandal* gefordert — ohne Erfolg; es kam nur etwas ganz Lahmes heraus; die Mehrheit hatte offenbar noch nie die Propheten und Evangelien gelesen!

Die *Abrüstungsbewegung* fordert natürlich auch die Kirchen heraus. Wir können die Fülle der Resolutionen, die sich darauf beziehen, natürlich nicht wiedergeben. Sie sind am radikalsten in Amerika und England und werden am lahmsten in Deutschland und in der Schweiz. Nachdem früher einmal der Schweizerische Kirchenbund in der Abrüstungssache ein verhältnismäßig recht energisches Schreiben an den Bundesrat gezeitigt hatte (das wir feinerzeit wiedergegeben haben), kam es auf einer neulichen Versammlung dieser Organisation in Wildhaus, dem Geburtsort Zwinglis, nur zu einer wertlosen Resolution, die mit Hilfe von ein paar allgemeinen und nichtsagenden Redensarten allen konkreten und ernsthaften Forderungen aus dem Wege geht. Dort scheint auch ein welschschweizerischer Pfarrer wieder

¹⁾ Eine weitere Erläuterung dazu: In den Vereinigten Staaten sind nach dem Bericht des Safety Council (Sicherheitsrates) nur während des Monats Mai 2570 Menschenleben dem Auto zum Opfer gefallen. Es ist sicher kein Zufall, daß während des gleichen Monats in den Vereinigten Staaten 343 Mordtaten stattfanden. (Wobei übrigens in jenen Autounfällen auch sehr viel *Mord* ist!) Das Menschenleben gilt eben nichts mehr, wird den Götzen geopfert, heißen diese Rekord oder sonstwie.

die Entdeckung gemacht zu haben, daß es die Antimilitaristen seien, die durch ihren Radikalismus die Abrüstung verhinderten. Geniale Idee! Ja, so ist es: wenn wir Antimilitaristen nicht wären, mit welcher Wonne hätten Scheurer, Minger, Wille, Wildbolz, Feyler, Bircher und so fort unsere Armee auf ein Polizeikorps reduziert und unsere Waffenplätze in Spielplätze verwandelt, gewiß mit der gleichen Wonne, wie die Wirte schon längst die Prohibition eingeführt hätten, wenn es keine Abstinenten gäbe.¹⁾

Immerhin, es gibt stets auch Erfreuliches. Nachdem der „Evangelischen Pressebericht“ ausgerechnet Dr. Oeri von den „Basler Nachrichten“ die Kirchen auf die Abrüstungskonferenz hin hatte „orientieren“ lassen, wobei es dann auf Artikel 8, Milizsystem und — Gebet (als unschädlich!) hinauskam, erhält nun doch in einer andern Nummer unser Freund *Liechtenhan* das Wort. — Die *Thüringer Kirchensynode* hat in einer Resolution für den Weltfrieden den Einfluß der Religiösen Sozialisten nicht verleugnet. Gegen das unglaubliche Manifest der Professoren Althaus und Hirsch ist energischer Protest erhoben worden, so z. B. durch eine Erklärung von *Rade* und *Niebergall* in der „Christlichen Welt“, aber auch anderswo.

Summa: Am Erwachen der Christheit braucht man nicht zu verzweifeln. Aber es wird noch allerlei kommen müssen. Und vieles schmelzen, vieles zerbrechen, was jetzt noch meint, es sei etwas. Am wenigsten braucht man zu bezweifeln, daß *Gott* am Werke ist.

11., 14. und 29. Juli 1931.

1) Man vergleiche folgende Resolutionen miteinander:

1. Die des *Schweizerischen Kirchenbundes*:

„Die Abgeordnetenversammlung des Schweiz. Evang. Kirchenbundes, die am 15. und 16. Juni in Wildhaus tagt, ist überzeugt, daß vom Ausgang der im Frühling stattfindenden Abrüstungskonferenz der Weltfriede für die nächsten Jahre zu einem großen Teil abhängen wird. Wir hoffen, daß die Abrüstungsverprechungen, die den Völkern in den Friedensverträgen gemacht worden sind, endlich zur Ausführung kommen. Die schweizerischen Kirchen, in enger Zusammenarbeit mit dem Oekumenischen Rat für praktisches Christentum, sowie mit dem Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen, treten mit allem Nachdruck für die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ein und ersuchen die zuständigen Behörden, in ihrer Mitarbeit an der Konferenz das Aeußerste zu tun, um die von allen Völkern durchzuführende Abrüstung fördern zu helfen. Die Versammlung hält es gleichzeitig für die Pflicht der Kirchen, daß sie auch in ihrer Weise die Friedensarbeit auf ihrem Gebiet nach Kräften pflegen.“

2. Der amerikanische Friedensbund der Kirchen und die amerikanische Sektion des Weltbundes der Kirchen:

„Wir bitten um Mitarbeit aller Männer und Frauen, die guten Willens sind und unsere Ueberzeugung teilen, daß es für zivilisierte Völker in allen Ländern hohe Zeit ist, an einem allgemeinen Plan zur Auflösung von Heeren und Flotten, die zur Beilegung von Streitigkeiten durch physische Gewalt bestehen, mitzuarbeiten und zu handeln nach den Grundätzen menschlicher Bruderschaft und gegenseitigen Vertrauens, die in so glücklicher Weise die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada, zwischen denen keine mit Waffen überwachte Grenze besteht, kennzeichnen.“

3. Eine Erklärung von Geistlichen aus dem Staate New York:

„Auf einer in *Syracuse* gehaltenen Konferenz von Geistlichen aus dem Staate *New York* haben 64 Geistliche eine Resolution abgefaßt und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem Staatssekretär und zwei Senatoren von New York zugesandt, worin sie erklären, auch auf Grund des Kellogg-Paktes, arbeiten zu wollen für Abrüstung, Schiedsgericht und Veröhnung mittels des Permanenten internationalen Gerichtshofes und des Völkerbundes. *Weiter erklären sie, daß sie persönlich an keinem Kriege teilnehmen werden.*

4. Eine Erklärung eines Kongresses *Skandinavischer* Pfarrer in Kopenhagen (3. Juni):

Nachtrag. Da zwischen der Abfassung dieser „Monatschau“ und dem Redaktionsfluß und Erscheinen des Heftes eine ungewöhnlich lange Zeit verfloßen ist und das Gleiche bis zum Erscheinen des Septemberheftes der Fall sein wird, während sich in diesen letzten Wochen Wichtiges ereignet hat, so wird diesmal ein Nachtrag am Platze sein.

Vor allem kommt die Weiterentwicklung des *deutschen Problems* mit all seinen Zusammenhängen in Betracht. Hier setzt auf der in der Monatschau gezeichneten Linie *der Besuch der deutschen Minister* (Brüning und Curtius) in *Paris* ein. Das schien ein Ereignis von großer symbolischer und auch realer Bedeutung zu werden. Und hätte es auch werden können, wenn nicht — die englische Politik eingegriffen hätte. Diese hat eine „Verständigung“ zwischen Frankreich und Deutschland gewaltsam verhindert, indem sie die deutschen Minister vor jenen „Konzessionen“ abhielt, welche Frankreich für unerläßlich hält. Von diesen „Konzessionen“ erfährt man, daß Frankreich sie nicht in verletzender und offizieller Form verlangt, sondern daß die Minister sich mehr auf eine allgemeine Linie der „Verständigung“ über die politischen Probleme Europas beschränkt hätten. Eine solche aber ist für Europa notwendig, ist auch für Deutschland reiner Gewinn und ist die Voraussetzung seiner Genesung. Wenn England (im Bunde mit den Vereinigten Staaten) diesen Weg versperrt hat, so hat es etwas Verhängnisvolles und Unverantwortliches getan. Wie soll man seine Politik aber erklären? Ist es die alte englische Gleichgewichtspolitik, die auf dem europäischen Festlande keine Vormacht dulden will und darum dafür sorgt, daß es dort immer Zwiespalt gibt? Oder sollte man wirklich an Macdonalds (und Snowdens!) Rancune gegen Frankreich glauben müssen? Oder endlich: sollten wir abwarten müssen, ob vielleicht ein *besserer* Sinn dieser Politik zum Vorschein komme, etwa so, daß auf diesem Wege etwas für die *Abrüstung* herausgeschlagen werden soll? Tun wir es!

Jedenfalls war die erzwungene Zusammenkunft in *London* unter diesen Voraussetzungen zum Mißlingen verurteilt. Nun stellte sich eine „Isolierung“ Frankreichs ein. Ja, es konnte am Rande des Horizontes sogar die Phantasmagorie eines englischen, amerikanischen und deutschen Bündnisses mit der Spitze gegen Frankreich auftauchen. Das *ist* eine Phantasmagorie, nicht minder als das Bündnis zwischen Deutschland, Rußland und Italien, aber der Besuch Macdonalds und Hendersons in Berlin mit Macdonalds enthusiastischen Reden wird ihre Wirkung verstärken. Nicht zum Wohle Deutschlands, das davon nur Täufchung haben wird, der die Enttäufchung mit Sicherheit folgt. Nicht ein solcher Bündnisweg wird Deutschlands Rettung sein, sondern ein ganz anderer Weg!

An diesem Punkte stehen wir nun also. Und wie sollen wir nun die ganze Entwicklung bis zu ihm hin beurteilen?

Mit Zuversicht, scheint mir — dennoch! Die Linie, die zu einer Neuordnung der Dinge führt (so wie ich sie am Eingang der Monatschau angedeutet habe), bleibt doch deutlich sichtbar. Zwar kann es immer auch *anders* gehen. Das Menschenwesen ist ja die Stätte der Freiheit. Es hängt immer auch von den Men-

„Indem wir jeden Krieg als dem Geist des Christentums widerstreitend ansehen, werden alle Mitglieder jegliche Teilnahme am Kriege verweigern. Wir fagen all den Bestrebungen, die dem Kriege entgegenarbeiten und internationalen Frieden fördern und sichern, unsere Unterstützung zu.“

5. Eine Erklärung *schwedischer* Pfarrer, die fordert, daß die Kirche „unter allen Umständen unerschütterlich die bedingungslos verpflichtende Art einer derartigen Bindung (sich Schiedsgerichten zu unterwerfen) unterstützen soll und, falls die Regierung des eigenen Landes unter Beiseitesetzung dieser Verpflichtung sich weigert, Streitfragen einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterstellen, ihr Verdammungsurteil über jeden derart entstandenen Krieg ausspricht und in Wort und Handlung von ihm Abstand nimmt“. Der Entschließung wurde ein Zusatz hinzugefügt, der besagt, daß hierdurch die Verteidigungspflicht der Nationen in anderen als den genannten Fällen nicht berührt werde.

schen ab, was werden kann oder nicht. Und wo sind heute die Menschen, denen wir das Zutrauen schenken könnten, daß sie groß genug wären, diese Dinge richtig zu leiten?

Meine Antwort ist: Darum können und sollen die Menschen mitarbeiten, aber es gibt Lagen, wo *Gott allein* die Dinge in die Hand nimmt. Und eine solche Lage ist nun, glaube ich, vorhanden. Das aber ist der tiefste Grund meiner Zuversicht.

29. Juli.

Vom Kampf gegen die Frauenliga für Frieden und Freiheit. Ich habe im letzten Hefte in Aussicht gestellt, ein Wort über die Art und Weise zu sagen, wie bei uns in der Schweiz gegen die Frauenliga für Frieden und Freiheit gekämpft wird. Dieser Kampf ist charakteristisch für den Stil, mit dem ein Teil unseres Militarismus seine Sache führt, aber auch für die heutigen schweizerischen Zustände im allgemeinen und besonders für das Niveau und die Rolle unserer Presse. Zunächst aber noch einige Nachbemerkungen zu meinen Ausführungen über „Artikel 8, Lord Cecil und die Völkerbundsvereinigungen“. Eine unrichtige, vielleicht auch mißverständene Information, die zu berichtigen besondere Umstände verhinderten, hat mich hintenher zu einer Fußnote veranlaßt, worin der Frauenliga Unrecht getan wird. Mit dem kleinen, rein formalen Unterschied zwischen dem Text der von *Lord Cecil* unterzeichneten englischen Petition und dem allgemeinen (dort: world disarmament = Weltabrüstung, hier allgemeine und totale Abrüstung) verhält es sich nämlich nicht etwa so, daß die englische Version *zuerst* dagewesen und die andere bloß eine nicht völlig genaue Uebersetzung davon wäre, sondern umgekehrt: diese ist die ursprüngliche Fassung, die Engländerinnen aber haben die andere gewählt, weil sie meinten, die Formulierung: „totale Abrüstung“ schließe auch ein sogenanntes *Polizeikorps* zur Wahrung der Ordnung im Innern und für den Grenzdienst aus. Diese Meinung ist ein Irrtum. Es handelt sich um die totale Abrüstung der Armeen als solcher, als Instrumente des *Krieges*, nicht um Verhinderung von Einrichtungen *polizeilicher* Natur. Wie man weiß, sind wir Antimilitaristen nicht gegen solche und auch die Frauenliga ist es nicht. Es handelt sich also um ein Mißverständnis in Bezug auf den Ausdruck, nicht um einen *sachlichen* Unterschied. Es ist auch meine Bemerkung zu berichtigen, daß auch der Text der amerikanischen und chinesischen Petition die britische Fassung habe; die Formulierung „allgemeine und totale Abrüstung“ ist vielmehr die allgemeine und die britische die einzige Ausnahme.

Was nun die Unterschrift von Lord Cecil betrifft, so verhält es sich damit folgendermaßen: Die erste Reihe von Unterschriften für die Kundgebung galt dem *allgemeinen* Text, auch den englischen inbegriffen. Das Komitee der Liga konnte darum nicht darauf verfallen, daß die späteren (unter denen sich auch die von Lord Cecil befand) sich auf den besonderen britischen Text bezögen und setzte sie mit bestem Gewissen auf ihre allgemeine Liste. Auch die Engländerinnen nahmen daran keinen Anstoß. Erst nachträglich erfuhr es, daß Lord Cecil nur den britischen Text unterschrieben habe und da erfolgte auch sofort bei Neudruck der Kundgebung die Korrektur. Alles geschah formell *optima fide* und dazu, wie gezeigt worden ist, mit vollem sachlichem Recht. Wobei noch hinzugefügt werden muß, daß die englische Aktion stets durchaus als ein Teil der internationalen galt, mit ihr in Sinn und Ziel einig, nicht als etwas Besonderes für sich. Wenn in dieser Sache ein Unrecht geschehen ist, so nur durch Lord Cecil selbst und die, welche aus dieser Mücke einen Elephanten gemacht haben.

Uebrigens ist interessant, daß der gleiche Lord Cecil, mit dem man gegen die Aktion der Frauenliga auf so wenig feine Art operiert hat, inzwischen mindestens zweimal, in einer Rede vor dem Rotary-Klub in Wien und in einem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Nr. 1284) genau im gleichen Sinne wie die Frauenliga für die *totale* Abrüstung eingetreten ist.

So viel zu dieser kleinlichen und häßlichen Geschichte.¹⁾

Und nun ein Wort über die Art, wie die *schweizerische Presse* die Aktion der Frauenliga behandelt hat.

Da ist zunächst nochmals festzustellen, was schon anderwärts in diesem Heft erwähnt ist, daß die schweizerische Presse mit ganz wenigen rühmlichen Ausnahmen den Aufruf der Liga *nicht* angenommen hat. Daß dazu auch der größere Teil der sozialistischen gehörte, um von der kommunistischen zu schweigen, sei noch besonders hervorgehoben. Das geschah unter der Herrschaft des Dogmas, daß nur von der Partei abgestempelte Aktionen von dieser unterstützt werden dürfen. Im übrigen aber bedenke man, daß die Petition der Frauenliga nicht etwa die einseitige Abrüstung der Schweiz fordert, sondern die allgemeine! Aber auch *diese* soll nicht sein. Dadurch, daß sie auch diese bekämpfen, entlarvten diese Kreise selbst die ganze Heuchelei ihrer Behauptung, sie seien auch für die Abrüstung, nur nicht für ein Vorangehen der Schweiz. Nein, sie sind überhaupt gegen die Abrüstung; sie mögen davon nichts hören, sie wollen ihr Idol, das Schweizerheer, auf keinen Fall preisgeben.

Aber auf das Totschweigen hat sich diese Presse bloß so lange beschränkt, als die Aktion der Frauenliga ungefährlich schien. Wie sie aber unerwarteter Weise den bekannten, glänzenden Verlauf nahm, setzte besonders in den Lokalblättchen ein Feldzug der Lüge und Gemeinheit ein, der das, was man in dieser Beziehung gewohnt ist, noch um ein Bedeutendes überbot. Die ordinärsten Rezepte der Verleumdungsapotheke wurden hervorgeholt. Es war noch das harmloseste, das man behauptete, die Liga „beforge die Geschäfte der Marxisten“ oder der „Kommunisten“, es wog in katholischen Kreisen offenbar noch mehr, wenn man sie mit den Freidenkern in Verbindung brachte. („Eine sozialistische Aktion mit starkem freidenkerischem Einschlag.“ Schaffhauser Zeitung vom 9. Mai.) Aber man ging noch weiter, wieder in katholischen Blättern, und brachte sie in Verbindung mit sexueller Libertinage, indem man zu diesem Zwecke Helene Stöcker zu einer ihrer Wortführerinnen machte. Und so fort!

Was soll man zu so etwas sagen? Nur um die ganze schmutzige Gemeinheit dieses Kampfes gegen die Frauenliga ins Licht zu setzen, sei folgendes festgestellt. Die Frauenliga ist tatsächlich eine Vereinigung, die jenseits der Parteien steht. Daß nicht gerade die „Vaterländische Vereinigung“ und überhaupt nicht die reaktionären Kreise in ihren Reihen vertreten sind, ergibt sich aus der Natur der Sache. Sie ist aber auch keine ausgesprochene sozialistische Organisation, um vom Kommunismus vollends zu schweigen. Der erwähnte Umstand, daß die Mehrzahl der sozialistischen Zeitungen nicht einmal den Aufruf der Liga gebracht hat (wozu noch zuzufügen wäre, daß mehrere von ihnen gegen die Aktion direkt polemisierten und geringschätzig von den „bürgerlichen Frauen“ redeten, von denen sie ausgehe), beweist ja klar genug, wie es sich mit dieser „sozialistischen Aktion“ verhält. Die Kommunisten vollends haben dafür nur Hohn und Spott. Das wissen jene Verleumder ganz genau. Darum sind sie eben Verleumder, sind sie bewußte Lügner. Wenn sie versuchen sollten, diese sozialistische und kommunistische Opposition etwa gar als abgekartetes Spiel hinzustellen („Ein Wolf im Schafspelz“ lautet die Ueberschrift eines dieser schändlichen Elaborate), so lügen sie damit nur potenziert. Es ist ihnen eben im Kampf gegen Menschen, die nichts anderes wollen, als die Ueberwindung des Greuels, der Krieg heißt, kein Mittel zu schlecht. Darum auch jener lächerliche Vorwurf des „freidenkerischen Einschlages“ oder gar des sexuellen Libertinismus. Wobei Helene Stöcker der Frauenliga ganz ferne steht. (Man mag übrigens Helene Stöckers sexuelle Theorien so scharf ablehnen, wie wir es bekanntlich tun, so wäre es doch Verleumdung, bei ihr von sexueller Leichtfertigkeit zu reden.) Man bedenke bei alledem, daß Jane Addams die Ehrenpräsidentin

¹⁾ Ich muß hier auch noch einen Korrekturfehler berichtigen, der aus dem jetzigen Titel der Zeitschrift der Völkerbundsvereinigungen „*Der Völkerbund*“ gemacht hat, den sie *früher* trug: „Die Schweiz im Völkerbund“.

und meine Frau eine Vizepräsidentin der internationalen Organisation und Präsidentin der schweizerischen ist.

Es ist ganz selbstverständlich, daß in einer solchen Weltorganisation, eben weil sie in Bezug auf politische Parteistellung und Weltanschauung wirklich neutral ist, Frauen von allerlei Denkweisen vereinigt sind. Es sind darunter Sozialistinnen, Bürgerliche, Katholikinnen, Protestantinnen, Jüdinnen, Theosophinnen und so fort, gewiß auch ein paar Freidenkerinnen und ein paar Frauen mit einer gewissen Sympathie für Rußland, aber auch diese letzteren, die übrigens unter den Tausenden der Mitglieder völlig verschwinden, stehen auf dem Boden der entschlossenen Gegnerschaft zu jeder Form von Krieg. Was alle diese Frauen verbindet, ist der Kampf der Frau gegen den Krieg und für mehr Gerechtigkeit und Freiheit unter den Menschen.

Ganz besonders bedauerlich ist der schon hervorgehobene Umstand, daß gerade *katholische* Blätter Artikel gegen die Liga aufgenommen haben, die sich durch Verlogenheit und Gemeinheit auszeichnen. Sollte wirklich der Kampf gegen die Friedensarbeit und dazu mit solchen Mitteln, eine katholische Sache sein? Sollte es nicht katholische Männer und Frauen geben, die einem solchen Treiben entgegen-träten? Und zwar auch solche in führender Stellung, Politiker, Priester und Bischöfe?

Doch wie gesagt, es handelt sich weniger um die Frauenliga, die ihren Weg trotz dieser Gegnerschaft machen wird, sondern um die Tatsache, daß dies in unserer Schweiz geschieht und von den gleichen Leuten, die nicht genug vom Schutz unserer Freiheit durch die Armee reden können, daß dies die Rolle ist, welche, einige Ausnahmen abgerechnet, die Presse spielt: Totschweigen oder Verleumdung! Die große Sünde der Frauenliga, die in den Augen gewisser Leute jede Schändlichkeit rechtfertigt, ist der Kampf gegen den Krieg, wozu eben der Kampf gegen den Militarismus gehört. Den hat sie mit einer Tapferkeit und einem Heroismus geführt, wie nur ganz wenige andere Kreise. Die richtige Antwort auf jenen Kampf gegen sie wird darum sein, wenn es bald keine Stadt und keine größere Ortschaft in der Schweiz mehr gibt, die nicht eine Sektion der Frauenliga gegen den Krieg in ihrer Mitte hat.

Geistige Diktatur? Da ihnen die politische Diktatur („Diktatur des Proletariats“ genannt) entgangen oder vorläufig noch unerreichbar ist, wollen einige von jenen Leuten, die ich „Halbbolschewisten“ genannt habe, wenigstens in ihrem Bereiche eine geistige Diktatur handhaben, in dem Sinne, daß, soweit es an ihnen hängt, niemand anders denken darf als sie, oder besser (da das Denken nicht ihre besondere Leidenschaft ist), als sie es erlauben. Nur auf diesem Hintergrund ist es möglich geworden, daß aus dem Kanton Aargau, dem Reiche jenes gleichen Doktor Arthur Schmid, der vor einiger Zeit auch mich freundlich zum Verlassen der Partei eingeladen hat, nun der Antrag an den Vorstand der schweizerischen sozialdemokratischen Partei ergangen ist, es solle unser Freund *Pfarrer Gerber*, der Redaktor des „Aufbau“, aus der Partei ausgeschlossen werden. Und warum? Weil dieser die Frechheit hat, über den sogenannten Regierungsproporz, d. h. die proportionale Vertretung der Parteien in den Kantonsregierungen, anders zu denken als Doktor Arthur Schmid und seine Untergebenen. Im Aargau hatten neulich die Genossen zum zweiten Mal den Versuch gemacht, jenen Regierungsproporz durchzusetzen (zu dem Zweck, einen der Ihrigen in den Regierungsrat zu bringen), und waren damit zum zweiten Mal unterlegen. In dem Abstimmungskampf um diese weltbewegende Sache nun hatten die Gegner des Regierungsproporzes eine Äußerung grundsätzlicher Art gegen *diese* Anwendung der Proporz aus Gerbers Feder aufgegriffen und für sich verwendet. Darüber war dann der Zorn der Genossen groß und dieser wurde als, an sich willkommener, Anlaß benutzt, um endlich diesem Unbotmäßigen und in ihm dem „Aufbau“, und nicht bloß ihm, einen Schlag zu versetzen. Denn mehr als ein *Anlaß* ist natürlich Gerbers Opposition gegen den Regierungsproporz nicht.

Wie verhält es sich mit diesem Anlaß? Hat etwa Gerber gegen die Einführung des Regierungsproporz im Kanton Aargau geschrieben? Keine Rede davon! Vielmehr ist nur zufällig während der Wochen, wo im Aargau jener Kampf um den Regierungsproporz vor sich ging, im „Aufbau“ ein längerer Aufsatz Gerbers erschienen, der das Problem der Demokratie behandelt. In diesem großen Aufsatz stehen jene paar Sätze über und gegen den Regierungsproporz, aus denen nun der Strick für Gerber und den „Aufbau“ gedreht werden soll. Dieser Aufsatz ist die ziemlich wörtliche, wenn auch verkürzte Wiedergabe zweier Vorträge, die Gerber im letzten November im Schoße von „Arbeit und Bildung“ gehalten hat. Der Passus über den Regierungsproporz kam auch im mündlichen Vortrag vor und fand bei den Teilnehmern des betreffenden Kurses Anfechtung. Also keine Spur von einer Aktion gegen das Unternehmen der Aargauer Genossen! Daß eine grundsätzliche Äußerung aus der Feder eines einer Partei angehörenden bedeutenden Mannes von den Gegnern dieser Partei wider seine Absicht gebraucht, ja mißbraucht wird, ist nicht zu verhindern. Wie oft sind, als ich noch „bürgerlich“ war, d. h. nicht zur Partei gehörte, solche Äußerungen von mir durch die *sozialistischen* Blätter und Organisationen aus dem Zusammenhang gerissen und nicht nur gebraucht, sondern auch mißbraucht worden! Ich könnte davon vieles sagen!

Es ist hinzuzufügen, daß Gerber meines Wissens nie gegen einen Parteibeschluß vor der Abstimmung aufgetreten ist. Eine Ausnahme bildete bloß der Kampf um den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund, wo der Schreibende in noch größerer Verdammnis war. Damals haben gewisse erbitterte Parteigrößen auch den Antrag auf Ausschluß gegen uns gestellt, aber ohne Erfolg. Im übrigen hat Gerber gegen das Getreidemonopol Opposition gemacht (*für* das ich, wie die meisten der Freunde, war), aber erst *nach* dem Kampfe. Dieser halben und ganzen Ketzerei steht aber die Tatsache gegenüber, daß der „Aufbau“ sowie die „Neuen Wege“ wiederholt und in sehr schwierigen Fällen *für* Vorlagen gekämpft haben, welche die Partei billigte, ja in Szene setzte, ohne aber mit Energie für sie einzutreten. Ich nenne nur den Kampf für die Vermögensabgabe und gegen die Spielbanken. Um von noch Wichtigerem, z. B. dem Kampf gegen den Militarismus, zu schweigen.

Was nun den Regierungsproporz betrifft, so ist wohl die Mehrzahl seiner Freunde in diesem Falle mit Gerber nicht einig. Ich selbst bin grundsätzlich weder für noch gegen diese Art von Proporz. Aber zweierlei muß festgestellt werden. Einmal: die Gründe Gerbers gegen ihn haben Gewicht und sind sehr zu überlegen. Sodann: es handelt sich dabei von Ferne nicht um ein *sozialistisches* Postulat. Gerber hat auch in seiner Erwiderung auf die Anklage des „Freien Aargauers“ und seiner Freunde unter den sozialistischen Blättern mit Recht die Frage gestellt, wie sich diese Forderung proporzioneller Vertretung mit der der Diktatur des Proletariats vertrage, die immer noch im Parteiprogramm steht. Es wäre schon der Gipfel jener sozialistischen Freiheit, wie gewisse Leute sie verstehen, wenn auch bei Fragen, die mit dem Sozialismus an sich gar nichts zu tun haben, sofort auf der ganzen Linie ein Auswechseln der Meinungen stattfinden müßte — wenn möglich schon ein halbes Jahr zum voraus! — sobald irgendwo in einer Ecke des Landes einer der Maßgebenden Stadtrat, Regierungsrat oder Bundesrat werden will!

Doch ist das alles ja nur Anlaß. Es handelt sich um etwas viel Wichtigeres: um den längst gekanntem, auch längst etwa versuchten Schlag gegen die „Religiös-Sozialen“ und damit gegen jede freie Geistesregung oder gar Opposition innerhalb der Partei. Anders geredet: *Es handelt sich darum, ob ein aufrechter und sich selbst achtender Mensch künftig noch in der sozialdemokratischen Partei sein darf.* Denn es ist keiner ein aufrechter und sich selbst achtender Mann, der nicht das Recht hat, seine eigene Meinung nicht bloß zu haben, sondern auch zu sagen. *Eine Partei, die es so weit gebracht hätte, daß das nicht mehr angehe, hätte damit auch das Todesurteil über sich selbst gesprochen.* Dieses würde trotz allen Wahlerfolgen, die etwa noch kommen könnten, von der Geschichte mit unerbittlicher Sicherheit vollstreckt. Darauf darf man sich verlassen!

Die Urheber des skandalösen Aargauer Antrages haben in ihrer von der Leidenschaft erzeugten Kurzsichtigkeit vielleicht doch nicht geahnt, was für einen Kampf sie mit ihrem Antrag heraufbeschwören müßten, falls der Parteivorstand und die andern Organe der Partei darauf eingingen. Mögen diese es bedenken. Wir andern sind, wenn es sein muß, gerüftet.

L. Ragaz.

Die neuen Herren. 1. Mit dieser Ueberschrift veröffentlicht die St. Galler „Volksstimme“ eine Liste von großen schweizerischen Tantiemenempfängern, um daraus unsere sozialen Zustände und die Lage unserer Demokratie zu illustrieren. Diese Liste, die ja nur ein kleiner Ausschnitt aus der Wirklichkeit ist, sagt in der Tat sehr viel. Darum soll sie auch in den „Neuen Wegen“ stehen, auf die Gefahr hin, daß man uns darob der „Hetze“ bezichtigt. Eine solche liegt uns fern, aber Wahrheit ist Wahrheit, und die Wahrheit muß gesagt sein. Nur wenn man sie sagt, darf man dann auch der *wirklichen* Hetze entgegentreten. Uebrigens zeigt die Liste ja nicht einmal die *ganze* Wahrheit. Denn verschiedene dieser Herren verdienen noch sehr viel mehr im Jahre — *durch Nichtstun!*

„Hier eine kleine Liste von Großverdienern, von Mitgliedern der Verwaltungsräte einiger unserer Industrie-, Finanz- und Handelsgesellschaften, mit Angabe eines Teils der Bezüge, die sie im Jahre 1929 als so ziemlich arbeitsloses Einkommen gehabt haben. Eines Teils nur; denn eine Reihe dieser Herren gehören noch anderen schweizerischen und ausländischen Verwaltungsräten an, die ihnen entsprechende weitere uns unbekanntere Tantiemen bezahlen.“

Dr. H. Stoll in Zürich bezog als Mitglied von drei Verwaltungsräten (Schweiz. Kreditanstalt, Maggi-Gesellschaft Kemptal, Unfallversicherung Zürich) Fr. 104 700.—.

Dr. Fr. Fleiner, Universitätsprofessor in Zürich, als Mitglied von drei Verwaltungsräten (Kreditanstalt, Unfallversicherung Zürich, Chemiegesellschaft Basel) Fr. 105 600.—.

Charles Schlumberger-Vischer, Bankier in Basel, als Mitglied von sieben Verwaltungsräten (darunter Schweiz. Bankverein, Lonza Basel, Stahlwerke Fischer, Schaffhausen) Fr. 191 500.—.

Carl Zahn-Sarasin, Bankier in Basel, als Mitglied von zehn Verwaltungsräten (darunter Bankverein und Aluminium-Industrie Neuhausen) Fr. 140 600.—.

Ständerat Dr. Gottfried Keller in Aarau, als Mitglied von sieben Verwaltungsräten (darunter Kreditanstalt und Aluminium Neuhausen) Fr. 119 600.—.

Nationalrat Dr. E. Wetter in Zürich, als Verwaltungsratsmitglied von zwei Gesellschaften (Leu & Co., Zürich, und Aluminium, Neuhausen), Fr. 96 900.—.

Dr. Max Staehelin, Bankier in Basel, als Mitglied von zehn Verwaltungsräten (darunter Bankverein, Lonza, Sulzer, Winterthur, Brown Boveri & Co., Baden, Chemische Industrie, Basel) Fr. 168 900.—.

C. Abegg-Stockar in Zürich, als Verwaltungsratsmitglied von sieben Gesellschaften (darunter Unfall Zürich, Maggi Kemptal, Rückversicherung Zürich, Prudentia Zürich) Fr. 174 600.—.

Hippolyt Saurer in Arbon, als Mitglied von sechs Verwaltungsräten (darunter Saurer A.-G. Arbon, Sulzer, Winterthur, Bankverein) Fr. 81 800.—.

Nationalrat Dr. Carl Sulzer-Schmid, in Winterthur, als Mitglied von drei Verwaltungsräten (Sulzer, Winterthur, Aluminium Neuhausen, Chemische Industrie Basel) Fr. 104 200.—.

Dr. Agostino Nizzola in Baden, als Mitglied von zehn Verwaltungsräten des Brown-Boveri-Trustes (er gehört noch etwa zehn weiteren Verwaltungsräten an) Fr. 114 100.—.

Bankier Armand Dreyfus in Zürich, als Mitglied von sechs Verwaltungsräten (darunter Bankverein, Nestlé Cham, Lonza Basel, Chemische Industrie Basel) Fr. 184 700.—.

Alt Minister Dr. Hans Sulzer in Winterthur, als Verwaltungsratsmitglied von neun Gesellschaften (darunter Sulzer, Winterthur, Maggi Kemptal, Rückversicherung Zürich, Prudentia Zürich) Fr. 197 800.—.

Alt Bundesrat Dr. F. Calonder als Mitglied von drei Verwaltungsräten Fr. 116 200.—.

Alt Bundesrat Dr. R. Haab in Zürich Fr. 46 000.—.

Nationalrat Alexander Cailler in Broc Fr. 53 100.—.

Alt Nationalrat H. Obrecht in Solothurn Fr. 65 000.—.

Ständerat Dr. Bolli in Schaffhausen (nur von einer Gesellschaft; er sitzt in mindestens vier Verwaltungsräten) Fr. 46 400.—.

Ständerat Dr. Isler in Aarau (nur von zwei Gesellschaften) Fr. 53 800.—.

Ständerat Dr. Schöpfer in Solothurn (nur von drei Gesellschaften) Fr. 31 800.—.

Dr. Max Huber, bisher Mitglied des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag, Fr. 80 200.—.

Alt Stadtpräsident Dr. Spahn in Schaffhausen Fr. 92 800.—.

Man könnte die Ehrenliste noch lang fortsetzen. Aber es mag für einmal genügen. Bemerkte sei nur, daß im Jahr 1930 die Tantiemen im Durchschnitt nicht geringer waren; einige Gesellschaften zahlten weniger, andere auch mehr, so die Rückversicherung Zürich, die im Krisenjahr 1930 den Gesamtbetrag der Tantiemen, die an den siebenköpfigen Verwaltungsrat und die Direktion verteilt wurden, von Fr. 836 000 auf eine Million Franken erhöht hat. (Vgl. dazu die Materialsammlung „Kartelle und Trusts in der Schweiz“, herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. 1931.) Den Arbeitern Lohnabbau und Arbeitslosigkeit, den Industrie- und Finanzbaronen Riefenprofite! Das ist unsere wirtschaftliche Weltordnung.

Wie unsere politische Demokratie dabei fährt, kann man sich denken. Man wird bemerkt haben, wie viele Würdenträger der Freisinnigen Partei unter den angeführten Schwerverdienern sind. Zahlreiche andere könnten ihnen beigefügt werden, so Nationalrat Dr. Schüpbach in Steffisburg, Nationalrat Dr. Brügger in Mels, Ständerat Dietschy in Olten, alt Nationalrat Schmidheiny in Heerbrugg usw. usw. Politik und Wirtschaft sind eben auch bei uns untrennbar verbunden; die großen Herren der Industrie und Finanz spielen auch die ersten Rollen in Bund und Kantonen. Das „Volk“ ist nur Staffage.

Die Tantiemen-Löwen — das sind unsere großen Patrioten, unsere todesmutigen Vaterlandsverteidiger, die begeisterten Schützer unserer Freiheiten, die entschlossenen Gegner des Sozialismus, die Retter unserer vom Bolschewismus bedrohten Kultur. Und doch arbeiten gerade sie dem Bolschewismus in die Hände, wie sonst niemand. Denn das Schicksal eines Gesellschaftsbaus, wie er sich uns in seiner ganzen herausfordernden Frevelhafigkeit heute darbietet, kann, wenn nicht von Grund auf neu gebaut wird, nur der Zusammenbruch sein. Und was dann folgt, Krieg, Chaos, blutige Umwälzung — wer kann es sagen? Die neuen Herren, die uns regieren, haben eine unheimliche Verantwortung vor der Geschichte auf sich genommen. Wir beneiden sie mitsamt ihrem ungerechten Mammon wahrhaftig nicht.“

2. Dazu einige *deutsche* Zahlen.

a) Eine Vergleichung:

Im folgenden ist das Jahreseinkommen einiger deutscher Großverdiener zusammengestellt und mit demjenigen von einiger ihrer weniger glücklichen „deutschen Brüder“ verglichen. Es bezieht jährlich: Generaldirektor Cuno (Hapag) 600 000 Mark. Ein Angestellter der Hapag 1800 Mark. Generaldirektor Vögler (Stahltrust) 400 000 Mark. Ein Metallarbeiter 1500 Mark. Generaldirektor Bosch (Chemietrust) 500 000 Mark. Ein Textilarbeiter 1000 Mark. Reichsbankdirektor Luther 180 000 Mark. Ein Erwerbsloser 750 Mark. Ein Direktor bei Krupp 120 000 Mark. Ein Kriegsbeschädigter 600 Mark. Generaldirektor Dorpmüller (Reichsbahn) 108 000 Mark. Ein Invalidenrentner 420 Mark.

„Man darf annehmen“, schreibt Ferd. Fried in der „Tat“, „daß die 25 Direktoren, die im Siemenskonzern ein strenges Regiment führen, zusammen im Jahr ungefähr zwölfteilmillionen Mark verdienen. Dem stehen die rund zehntausend Angestellten gegenüber, die durchschnittlich im Monat ein Gehalt von

etwas über 200 Mark haben, also setzen wir ein Jahresgehalt von 2500 Mark. Das macht jährlich 25 Millionen Mark. Zehntausend Leute verdienen nur doppelt soviel wie 25 Leute.

b) Einige *Pensionen*:

Dr. Scholz 13 368 Mark (außerdem erhält er als Oberbürgermeister noch eine Pension von 9720 Mark); Johann Becker 22 152 Mark; Minister Moldenhauer 30 000 Mark; Hans v. Raumer 15 912 Mark; Dr. Albert Neuhaus 20 904 Mark; Erich Emminger 19 032 Mark; Otto v. Schlieben 16 860 Mark; Dr. Heinrich Albert 21 840 Mark; Dr. v. Rheinbaben 15 921 Mark; Reichskanzler Cuno 18 000 Mark (neben einem Generaldirektor-Gehalt von 600 000 Mark).

Insgesamt sind es 1856 Minister, Staatssekretäre, Generäle, Admiräle, die an Pensionen und Wartegeldern 23 095 000 Mark beziehen.

3. Endlich einige *allgemeine* Zahlen:

Wenn man ein Mindesteinkommen von 100 000 Mark im Jahre zugrunde legt, so ergibt sich, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika rund 130 000 Personen vorhanden sind, deren steuerbares Einkommen 100 000 Mark übersteigt. Insgesamt haben diese 130 000 Personen ein Jahreseinkommen von 30,8 Milliarden Mark. Nicht viel höher ist das Gesamteinkommen der ganzen deutschen Lohnarbeiter. In England gibt es 27 000 Personen, die ein Einkommen von 100 000 Mark und mehr versteuern. Ihr Gesamteinkommen beträgt 6070 Millionen Mark. Aber auch in Deutschland versteuern 4000 Personen ein Einkommen von über 100 000 Mk., einen Gesamtbetrag von 800 Millionen Mk. Auf die Person entfällt somit ein Durchschnittseinkommen von 200 000 Mark im Jahre. Angesichts der großen Notlage bei den breiten Schichten der Bevölkerung in Deutschland ist das immerhin ein bemerkenswerter Tatbestand. Frankreich zählt 3162 Personen mit einem Jahreseinkommen von über 100 000 Mark, insgesamt 533 Millionen Mark. In Holland gibt es 1834 Personen mit über 100 000 Mark Jahreseinkommen. Wenn wir eine Umrechnung auf die Gesamtbevölkerung in den einzelnen Ländern vornehmen, so ergibt sich, daß in den Vereinigten Staaten von 1 Million Einwohner 1077 zu diesen Schwerverdienern gehören, in Frankreich 78 und in Deutschland etwa 60.

Ein Gerichtsurteil als Zeichen der Zeit. Die Freisprechung jener *Simone Boulter*, welche im Palace-Hotel von St. Moritz den Schriftsteller *Kuno Hofer* erschloß, weil er ihrer überdrüssig geworden war, ist man wohl genötigt, als *Skandal* zu bezeichnen. Ob dabei das Gutachten zweier Psychiater, welche erklärten, die Frau habe in einem „Dämmerzustand“ gehandelt (welches Verbrechen geschieht anders als im „Dämmerzustand“?), oder der „Charme“ einer interessanten Frau oder irgendwelche andere Nebenmotive entscheidend gewesen sind — es bleibt Skandal. Dieser Götzendienst vor der „Wissenschaft“, als ob ein solches Problem einfach vom „Psychiater“ oder „Psychologen“ als Fachmann gelöst werden könnte! Man sieht, wohin uns die Psychologie, besonders als Psychoanalyse, führt. Noch skandalöser aber als das Urteil war die Rede des Verteidigers mit ihrer erotischen Vernebelung der Köpfe und Herzen, wobei dieser Nebel aus Boheme, Psychoanalyse und Kinoromantik gemischt war. Und auf eine solche Rede hin haben Graubündner Richter eine Mörderin freigesprochen. Du altes, ernstes, sittenstrenges Rhätien — so weit ist es mit dir gekommen! Ein mildes Urteil — gewiß, dazu war Grund — dazu ist immer Grund, aber Freisprechung, und damit doch eine Art Billigung solcher Dinge? Man soll dann doch gerade das Strafrecht aufheben. Denn noch einmal: welches Verbrechen wird anders als im „Dämmerzustand“ begangen?

Wobei noch eine Frage sich völlig aufdrängt: Wäre nicht Palace-Hotel-Dame vor den Richtern gestanden, sondern irgend ein armes, von einem Manne mißhandeltes Weib, wäre dann auch die ganze moderne Wissenschaft für sie aufgebieten worden, wären dann auch diese duftenden (für uns andere freilich stinkenden) Nebel der Erotik erzeugt worden, um ihre Tat fast zu einem Heldentum zu machen, und wäre dann auch ein Freispruch erfolgt? So fragen Tausende und ihre Achtung vor der menschlichen Gerechtigkeit ist nicht gewachsen. Die Kreise, aus

deren geistiger Atmosphäre das Urteil, wie das ganze Verfahren, erwachsen ist, werden sich freilich dadurch nicht verhindern lassen, zur Zeit und zur Unzeit über Bolschewismus zu schreien!

Und nun noch ein Wort von dem Ermordeten. Ich habe *Kuno Hofer* ein wenig gekannt und seinen Weg eine Zeit lang von Ferne verfolgt. Aber ich habe mich, als die Kunde von seinem Tode kam (noch ohne die heute bekannten Nebenumstände), mich nicht entschließen können, ein Wort zu seinem Gedächtnis zu sagen. Schweigen schien das Beste. Nun aber muß ausgesprochen werden, daß dieses Leben selbst ein Skandal geworden und im Skandal untergegangen ist. Und es muß Einsprache dagegen erhoben werden, daß ein solches Verhältnis, wie Hofer es mit Simone Boulter (und offenbar vor ihr und neben ihr mit vielen andern Frauen) unterhielt, für einen Mann, und noch dazu einen verheirateten, mit Kindern, fast etwas Selbstverständliches, ja beinahe Rühmliches sei, daß man ihn in hohen Tönen als „Idealisten“, „reinen Menschen“ und so fort pries. Dem gegenüber muß gesagt werden: Gewiß war auch Gutes und Rechtes in ihm. Aber sein Verhalten zu dieser Frau und zu andern war eine Schändlichkeit. Und er war auch in anderen Dingen, gelinde gesagt, ein Abenteurer, ein Mann, dessen Gewissen nicht nur in Frauenfächen verlagte. Sein Schicksal ist, menschlich gesehen, nicht unverdient. Gott aber sei seiner Seele gnädig.

Die Stellungnahme der österreichischen Friedensvereine zur Miliz. Das österreichische Abrüstungskomitee, dem 22 Organisationen angehören, veranstaltete am 18. Mai 1931 in Wien eine große Volksversammlung für die Weltabrüstung. Es sprachen u. a. Dr. Karl Renner, Präsident des österreichischen Nationalrates, und der christlich-soziale Abgeordnete Prof. Dr. Karl Drexel. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

1. Wir fordern die österreichische Regierung auf, alles zu tun, daß die bevorstehende Abrüstungskonferenz zu einem günstigen Ergebnis gelange, da ein Fehlschlagen oder eine neuerliche Vertagung der Konferenz bei der drohenden Weltlage zu unabsehbaren Folgen führen müßte.
2. Wir fordern Einfluß des Volkes auf die Wahl der Delegierten zur Abrüstungskonferenz, so daß wirkliche Vertreter des Volkes und der Friedensbestrebungen, nicht aber Kriegsinteressenten, wie Militärs, Vertreter der Kriegsindustrie oder andere Repräsentanten der Kriegsideologie gewählt werden.
3. Wir fordern, daß die Verhandlungen der Konferenz nicht hinter geschlossenen Türen, sondern in voller Öffentlichkeit vor sich gehen.
4. Wir fordern, daß das Ziel der Konferenz die allgemeine Abrüstung sei.
5. Wir verwahren uns auf das Entschiedenste dagegen, daß an Stelle der Abrüstung die Gleichheit auf dem Gebiete der Rüstungen gesetzt werde. Dies würde die Aufrüstung in jenen Staaten bedeuten, die schon teilweise abgerüstet haben und zu neuem Wettrüsten führen. Nicht „Gleichheit und Stabilisierung der Rüstungen“ darf das Ziel und Ergebnis der Konferenz sein, sondern ehrliche Abrüstung.
6. Wir fordern, daß in jenen Staaten, in denen derzeit die allgemeine Wehrpflicht nicht besteht, sie nicht in irgendeiner Form wieder eingeführt werde. Dies wäre ein verhängnisvoller Rückfall, die schwerste Schädigung der Friedensidee, und würde die Verbreitung des Friedensgedankens geradezu unmöglich machen.
7. Wir fordern, daß alle Abrüstungsvorschläge, welchen Ursprungs sie auch sein mögen, einer ernstlichen Prüfung unterzogen werden.
8. Wir appellieren an alle Völker, darauf zu dringen, daß die Volksvertretungen geeignete Vorschläge für ehrliche und durchgreifende Abrüstung erstatten.
9. Schließlich wenden wir uns an die Einsicht und den guten Willen aller Menschen, dahin zu wirken, daß endlich eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen Nationen und Staaten geschaffen werde, ohne die Europa rettungslos zugrunde gehen muß. Das Schicksal der europäischen Menschheit darf nicht mehr vom Intriguenspiel zünftiger Diplomaten bestimmt werden.

Obige Resolution wird durch eine Deputation der Friedensvereine der österreichischen Regierung und den Führern aller politischen Parteien überreicht werden.

IV. *Abendfeiern*, in Verbindung von Musik, Gesang und Vorlesung.

Leiterin: Frl. *Sophie Widmer*.

Diese Abende (welche vorläufig an die Stelle der regelmäßigen Musikabende treten) sollen die Freunde von „Arbeit und Bildung“, die Kursteilnehmer und andere Kreise zu freundschaftlichem Zusammensein vereinigen und sie durch das Mittel der Kunst für die gemeinsamen Aufgaben erwärmen und stärken.

Die Anlässe werden jeweilen besonders angezeigt.

V. *Der Monatsabend*. Thema: *Wichtige Tagesfragen aller Art*.

Jeden vierten Dienstag im Monat. *Beginn*: 27. Oktober.

Der Monatsabend soll die Mitglieder von „Arbeit und Bildung“, die Teilnehmer der Kurse und weitere Kreise um die Verhandlung wichtiger Fragen im Geiste freier Prüfung sammeln.

Zu den Kursen und regelmäßigen Anlässen gefellen sich nach Gelegenheit und Bedürfnis besondere *Aktionen, Vorträge, Kurse, Feiern*.

Alle Anlässe sind jedermann zugänglich. Für II. wird ein Kursgeld von Fr. 3.— verlangt, die übrigen sind unentgeltlich, doch werden freiwillige Beiträge zur Deckung der Kosten gern angenommen. Die Anlässe finden (besonders anzuzeigende Ausnahmen abgerechnet) im *Heim* von „Arbeit und Bildung“, Gartenhofstr. 7, Zürich 4, statt und beginnen abends 8 Uhr.

Eine kleine *Bibliothek*, besonders historisch-literarischer Art, steht zur Verfügung. Man wende sich für deren Benützung an Frau *Clara Ragaz*.
Die Kommission.

Druckfehler.

Im Juli/Augustheft ist zu berichtigen: S. 306, Z. 20 v. unten muß es heißen „zum“, statt „den“ und Z. 24 v. unten (in der Klammer) „*Es stammt ja uff.*“; S. 313, Z. 13 v. unten „*sein*“ (tiefstes Motiv), statt „*ein*“; S. 344, Z. 17 v. unten „*anderen*“, statt „*bekannten*“; S. 364, Z. 7 v. unten „*eine*“ (Palacehoteldame).

Der Abschnitt in der *Monatschau* S. 345, Z. 8—11 v. oben („auch die Aufhebung der deutschen Pressfreiheit“) gehört zur *Fußnote* und ist durch Versehen des Setzers in den Kontext geraten.

Redaktionelle Bemerkungen.

Die Predigt von Pfarrer *von Greyerz* mag den Lesern vorläufig etwas von dem Kongreß der *antimilitaristischen Pfarrer* vermitteln, der Anfangs September in Zürich stattfand — und zwar etwas von einem Höhepunkt deselben — und zugleich einen Beitrag auf den *Betttag* hin darstellen. Ein ausführlicher Bericht über den Kongreß und auf ihn bezügliche Dokumente werden im nächsten Hefte folgen. Ebenso ein kurzer über die Tagung der *Kriegsdienstgegner* und des *Veröhnungsbundes*.

Es sei bei diesem Anlaß an den vor einem Jahr in den „Neuen Wegen“ erschienenen, dann auch als Flugschrift erschienenen Vortrag von Pfarrer *von Greyerz*: „Das Kriegsproblem im Lichte des Evangeliums“ erinnert. Er ist in der „Zentralstelle für Friedensarbeit“ (Gartenhofstraße 7, Zürich 4) zu haben. Auch sei, leider verspätet, auf die drei *Predigten* hingewiesen, die von Greyerz im Verlag von Herbert Lang in Bern hat erscheinen lassen und die auch das Kriegsproblem behandeln. Beide Schriften sind aufs wärmste zu empfehlen.